Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Lieferung od. Rückvergütung.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100!

Nr. 251 — Freitag den 24. Oktober 1924 — 164. Jahrgang

Tageschronik

Das Auftreten der französischen Militärkontrolloffiziere ist derart provokatorisch, daß angenommen wird, ihr Verhalten ist mit der Absicht verbunden, einen Grund zur Sabotage der Räumung zu schaffen.

*

Die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft werden heute beim Reichsfinanzminister wegen Aufbesserung ihrer Bezüge vorstellig.

*

Exzellenz Hergt hat den Vorsitz in der Deutschnationalen Partei niedergelegt.

*

Das Kriegsgericht in Mainz verurteilte erneut 69 aus dem Gebiete des Brückenkopfes Mainz ohne vorschriftsmäßige Ausweise angehaltene Personen zu Geld- und Freiheitsstrafen.

*

In Peking ist einer Reutermeldung zufolge eine Militärrevolte ausgebrochen.

Militärkontrolle und Räumung.

Berlin, 24. Oktober. Ueber den Verlauf der Militärkontrolle macht die „Deutsche Allgemeine Zeitung" folgende bemerkenswerte Mitteilungen: Soweit wir unterrichtet sind, wird bei diesen Kontrollhandlungen von französischer Seite alles getan, um einen reibungslosen Verlauf zu sabotieren. Die französischen Kontrolloffiziere zeichnen sich durch ein provokatorisches Verhalten aus, das es verwunderlich erscheinen läßt, wenn es dank der vortrefflichen Zurückhaltung auf deutscher Seite bisher nicht zu Zwischenfällen gekommen ist. Dieses eigenartige Vorgehen fällt mit gewissen Pressegriffen gegen Deutschland in Sachen der Militärkontrolle zusammen, die offenbar mit ganz bestimmten politischen Absichten in Paris in Szene gesetzt wurden. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob durch diese offenkundigen Sabotageversuche den Entscheidungen vorgearbeitet wird, welche die Entente im Sinne des Londoner Abkommens in den nächsten Wochen in der Räumungsfrage zu treffen hat.

Die Tätigkeit der Schnüfflerkommission.

Berlin, 23. Oktober. In der Zeit vom 13. bis 18. Oktober hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Militärkontrollkommission folgende Besichtigungen vorgenommen: 24 Truppen-Einheiten, 31 militärische Anstalten und Verwaltungsstellen, 42 Polizeistellen, 30 Fabriken. — In Dessau fand ein unangesagter Besuch statt.

Polnisch-französische Hetze gegen Deutschland.

Berlin, 24. Oktober. Halbamtlich wird mitgeteilt: Ein neues Beispiel für die systematische Hetze, die von gewissen ausländischen Zeitungen gegen Deutschland getrieben wird, ist eine auch von Pariser Zeitungen weiter verbreitete Nachricht der Warschauer Militärschrift „Polska Zbroja", die besagt, daß am 6. September ein deutsches und russisches Geschwader in der Nähe der polnischen Küste gemeinsame Uebungen (?) abgehalten und die polnische Funkstation einen Drahtverkehr der beiden Geschwader angehört hätte. Wir sind in der Lage, demgegenüber festzustellen, daß weder gemeinsame Manöver der deutschen und russischen Flotte jemals stattgefunden haben, noch auch deutsche Seestreitkräfte in den letzten Monaten russische Kriegsschiffe gesichtet haben. Auch ein Funkverkehr zwischen deutschen und russischen Kriegsschiffen hat niemals stattgefunden. Im übrigen kann darauf hingewiesen werden, daß am 6. September sämtliche deutschen Kriegsschiffe mit Ausnahme eines Linienschiffes, das sich auf hoher See befand, in den Häfen lagen.

Hergt vom Parteivorsitz zurückgetreten.

Berlin, 23. Oktober. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der an 1. Stelle die Frage des Wahlkampfes erörtert wurde. Der bisherige Parteivorsitzende, Staatsminister a. D. Hergt, erklärte entsprechend seiner bekannten öffentlichen Ankündigung, daß er den Parteivorsitz niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsumbildung ihr Ende gefunden hätten. Der Parteivorstand nahm mit schmerzlichstem Bedauern den Entschluß des hochverdienten Parteiführers zur Kenntnis, sprach ihm den herzlichsten Dank für seine erfolgreiche, selbstlose Leitung der Partei aus und richtete an ihn die einmütige Bitte, als Mitglied der Parteileitung weiterhin der Partei seine Kraft zur Verfügung zu stellen, die unter ihm zur stärksten Partei Deutschlands geworden sei. — Mit der Parteiführung wurde bis zur satzungsgemäßen Neuwahl der Parteiinstanzen, die erst Ende dieses Jahres stattfindet, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Dr. Winkler, betraut. Zugleich wurde der Großadmiral v. Tirpitz einhellig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Partei werden Anfang November zu einer Sitzung zusammentreten.

*

Der „Berl. Lokal-Anz." schreibt: Dieser Wechsel in der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei sei jedenfalls dazu geeignet, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei, die in der Abstimmung vom 29. August zu sichtbarem Ausdruck kamen, zu überbrücken.

Die Wahlparole der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 23. Oktober. Wie das Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit", mitteilt, ist in der gestrigen Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Partei einmütig beschlossen worden, daß die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf selbständig ohne Anlehnung nach links oder rechts führen soll. Das Blatt schreibt weiter: „Die Deutsche Volkspartei wird ihre bisherige Politik der inneren Konsolidierung auch weiterhin verfolgen. So wie bisher die Außenpolitik der Deutschen Volkspartei eine immer größere Anhängerschaft gefunden hat, so hofft sie auch, daß die Neuwahlen die Grundlage für eine Zusammenfassung immer größerer Kräfte auf der Linie der Deutschen Volkspartei in der inneren Politik schaffen werden."

Gerland kandidiert für die Deutsche Volkspartei.

Wie das „B. T." hört, wird der aus der Demokratischen Partei ausgeschiedene Professor Gerland von der Deutschen Volkspartei an zweiter Stelle in Erfurt aufgestellt werden.

Die Gründe der Austritte.

Die aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgeschiedenen Reichs- und Landtagsabgeordneten haben an den Parteivorstand folgenden Brief gerichtet: „Durch die Entwicklung, die die Deutsche Demokratische Partei in der letzten Zeit genommen, hat sie sich mehr und mehr von der Grundlage entfernt, auf der sie errichtet worden ist.

Sie wurde nach dem Umsturz in der Absicht geschaffen, durch Begründung einer großen liberalen Partei die vielbeklagte Zersplitterung des deutschen Liberalismus endlich zu überwinden und eine verfassungstreue bürgerliche Mittelpartei ins Leben zu rufen. Es lag durchaus in dieser Richtung, daß die Partei jahrelang mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitete. Dagegen fehlte eine entsprechende Haltung nach der anderen Seite. Die Zurückweisung des Zusammenwirkens mit der Deutschnationalen Volkspartei wurde geradezu zum Grundsatz. Sie erfolgte, wie sich gerade jetzt deutlich gezeigt hat, auch dann, wenn diese Partei sich bereit erklärte, auf den Boden der Verfassung und der von den Mittelparteien bisher getriebenen Politik zu treten und durch die Beibehaltung für diese Politik maßgebender Personen Garantie zu leisten.

Die einseitige Entwicklung zeigte sich auch in der Stellungnahme zu den großen sachlichen Problemen der Politik. Nach außen trat ein übertriebener, für berechtigte nationale Empfindungen oft verständnisloser und sie nicht selten verletzender Pazifismus, nach innen ein abstrakter Dogmatismus und die Hinneigung zu einer einseitigen Konsumentenpolitik in den Vordergrund und entfremdete der Partei in stets steigendem Maße alle die Elemente, die sich von der Grundlage einer geschichtlich und wirtschaftlich bodenständigen Politik nicht abdrängen lassen wollten. Zu ihnen gehören wir: und weil wir uns der Erkenntnis nicht länger verschließen können, daß die Gegensätzlichkeit unserer Anschauungen — nicht sowohl zu den Grundsätzen als vielmehr zu der Haltung der Partei — zu groß geworden ist, als daß ein wahrhaftiges und befriedigendes Zusammenarbeiten in und mit ihr fernerhin möglich erschien, sehen wir uns genötigt, unseren Austritt aus der Partei zu erklären."

Hierbei ist es interessant, den fortgesetzten Rückgang der Demokratischen Partei festzustellen: In der Nationalversammlung erschienen die Demokraten mit 75 Abgeordneten; im ersten 1920 gewählten Reichstage schrumpfte diese Zahl auf 39 zusammen; bei den Wahlen im Mai 1924 ging sie auf 28 zurück, und bei der Reichstagsauflösung konnte diese Partei infolge der eben vollzogenen Austritte nur noch 24 Abgeordnete für sich buchen. Also binnen fünf Jahren ein Verlust von zwei Dritteln des ursprünglichen Bestandes. Diese nüchterne Rechnung sollte doch den Demokraten ernst zu denken geben.

Krisenstimmung in Frankreich.

Eine gefährliche Klippe für das Kabinett Herriot.

Sozialistisch-demokratische Rabulistik versucht die Auffassung zu verbreiten, als sei das Kabinett Herriot in erster Linie von der Konstellation der deutschen Regierung abhängig. Eine deutsche Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen könnte den Sturz Herriots herbeiführen. Dem ist entgegenzuhalten, daß gegenwärtig eine starke Strömung gegen das Kabinett Herriot im Gange ist, die absolut nichts mit den Vorgängen in Deutschland zu tun hat. Es handelt sich um den gestrigen Beschluß der Finanzkommission der französischen Kammer, die Kredite für die Botschaft im Vatikan zu streichen, der die politische Situation des Kabinetts Herriot nicht gerade erleichtern wird. Man muß mit einem neuen Ansturm der Klerikalen, Royalisten, Nationalisten und was sonst noch zum Bloc national gehört, rechnen. Dieser Ansturm beginnt bereits heute in der rechtsgerichteten Presse, vor allem im „Gaulois", der den Beschluß auf Aufhebung der Botschaft beim Vatikan eine gefährliche Maßnahme vom innerpolitischen Standpunkt aus nennt, weil sie die Spaltungen in Frankreich selbst vertiefen würde. Die Maßnahme sei aber auch gegenüber den Elsässern und Lothringern gehässig. Diese würden in ihren Gefühlen verletzt werden und würden peinliche Vergleiche zwischen dem Liberalismus der deutschen Gesetze und der Feindseligkeit der französischen Gesetze aufstellen. Die Maßnahme sei töricht wegen Frankreichs Politik in den Vereinigten Staaten, in denen die Katholiken lebhafte Sympathien für Frankreich haben und die Nachricht vom Bruch mit dem Vatikan von der deutschen Propaganda ausgenutzt werden würde. Beim Senat besteht wegen dieser Frage große Gefahr für das Kabinett Herriot. Wenn es die Klippe der Amnestie im Senat überwunden haben sollte, könnte ihm die Abstimmung über die Botschaft beim Vatikan gefährlich werden.

Herriot läßt sich über die deutsche Wahlbewegung unterrichten.

Paris, 23. Okt. Der deutsche Botschafter, Herr von Hoesch, wurde heute vom Ministerpräsidenten Herriot empfangen. Nach einer Mitteilung des deutschen Botschafters hätte er sich mit dem französischen Ministerpräsidenten über Einzelheiten bei der Durchführung des Dawesplanes unterhalten; von französischer Seite erfährt unser Korrespondent aber, daß der deutsche Botschafter Herriot über den Stand der Wahlbewegung und die Aussichten der einzelnen Parteien unterrichtet hätte.

Götzendämmerung.

Spät erst erhalten wir die Beweise für das, was wir längst schon ahnten, daß nämlich falsche Götter das Schicksal der letzten Regierungskrise unseligen Angedenkens bestimmten. Es ist doch schließlich kein Zufall, daß ein Abgeordnetenschwund in der demokratischen Partei eintrat, und daß das Zentrum die Ausgabe jeder Wahlparole verbot, bevor nicht sein Parteitag zusammengetreten sei. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß in der Zentrumsfraktion eine große Mehrheit von Stimmen für die Regierungserweiterung nach rechts vorhanden war, aber es muß doch überraschen, daß die Partei zu solch scharfen disziplinarischen Maßnahmen greifen muß, um das Offenbarwerden einer Katastrophe zu verhüten. Wann jemals hat eine Partei, die an der Herrschaftsbeschwörung eines Wahlkampfes so aktiv beteiligt war, wie das Zentrum im gegenwärtigen Augenblick, ihren Abgeordneten den Mund bis zu einer vertraulichen Klärung der Dinge verbunden und den Beginn des Wahlkampfes einfach um acht Tage verschoben? Das Zentrum hat im Kampf des Nationalen mit dem Antinationalen und des Christlichen mit dem Antichristlichen schon einmal die offene Entscheidung verweigert und sich nur insgeheim auf die Seite der Antinationalen und Christentumsfeinde geschlagen. Der kommende Wahlkampf aber wird die eindeutige Entscheidung gebieterisch fordern. Die Glaubenssäge des Zentrums haben es nicht verhindern können, daß wertvolle katholische Kräfte nach rechts hin abgewandert sind. Jetzt handelt es sich darum, ob der Gott des Zentrums stark genug ist, alle praktisch-politischen Erwägungen bei seinen Anhängern zurückzudrängen.

So wenig mannhaft das Auftreten des Zentrums ist und so unschön die jetzige Parteitaktik das Zentrum beleuchtet, so anerkennenswert ist im Grunde genommen das Verhalten des kleinen Häufleins der aus ihrer Partei ausgeschiedenen Demokraten. Die kleine Mehrzahl der Demokraten hat schon im Gegensatz zu dem viel stärkeren und doch schwankenden Zentrum das Omen auf sich genommen, der Anlaß zu einer unerwünschten Neuwahl zu sein. Es soll hier nicht untrsucht werden, wie weit diese Demokraten hierbei in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie gehandelt haben. Die Minderheit, die bei der Ablehnung der Deutschnationalen durch die Demokraten in dieser Partei zu ihrem Worte stand, hat nun den Mut aufgebracht, aus der Partei auszuscheiden, nachdem der erste Akt des Dramas erledigt ist. Diese reinliche Scheidung ist für die, die sie vornahmen, umso anerkennenswerter, als unter ihnen Namen sind, die zu stark demokratisch vorbelastet sind und deshalb in einer anderen Partei kaum noch passende Verwendung finden dürften.

Für die demokratische Partei aber bedeutet der Austritt dieser Leute die Aufgabe der Fiktion von der geschlossen nach links hin tendierenden Demokratie. Wenn diese zahlenmäßig schon längst unbedeutende Gruppe auch noch eine Spaltung und Verwirrung ihrer bis dahin als geschlossen geltenden Idee durchzumachen hat, dann ist sie als beachtenswerter Teil des deutschen innerpolitischen Lebens überhaupt erledigt.

Es ist nicht uninteressant, daß gerade die beiden Mittelparteien, das Zentrum und die Demokraten, diese Anzeichen einer Götzendämmerung aufweisen. Man muß diese Zeichen als erste Auswirkung der Problemstellung im kommenden Wahlkampf ansehen, der zwei große Weltanschauungen trennt, die sich als schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gelb charakterisieren lassen. In der einen lebt der Geist des Internationalismus, des Pazifismus und des gleichmachenden Egoismus. Auf der anderen Seite steht der lebenbejahende Nationalismus, der die Selbstsucht nicht dem Einzelnen, sondern nur dem Ganzen zugesteht. Und was zwischen diesen beiden steht, wird eben zerrieben.

Französische Prognose für die deutschen Wahlen.

Paris, 23. Oktober. Die maßgebenden französischen Blätter betrachten die Entwicklung der innerpolitischen deutschen Krisis hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, daß mit einer Rechtsregierung nunmehr sogut wie sicher zu rechnen wäre und beschäftigen sich dabei hauptsächlich mit der Flucht aus der Demokratischen Partei, die hier großes Aufsehen erregt hat. Die Kundgebung der Vaterländischen Verbände wird in den heutigen Mittagszeitungen ausführlich wiedergegeben. Mehrere Blätter wie Figaro, Homme libre u. Journee industrielle befürchten, daß die Bildung des Rechtsblocks und der Rechtsregierung den republikanischen und demokratischen Elementen in Deutschland großen Abbruch tun würde. Homme libre schreibt u. a.: „Die Demokraten geben sich immer als die Verteidiger der Republik aus, aber ihr Aktionsprogramm ist eigentlich gleich Null, und sie hüten sich sehr wohl, zu sagen, daß sie eine Regierung unterstützen werden, wenn sie dieselbe Politik verfolge, wie der Reichskanzler Marx." Das Zentrum sei auch nicht mehr die große Partei von ehemals. Es blieben also nur noch die Sozialisten und Kommunisten. Von den letzteren sei überhaupt nicht zu reden. Die Sozialisten haben zwar eine starke Gegenoffensive begonnen, aber sie verlieren außerordentlich durch die Schwäche ihrer Führer, und es ist schon ganz leicht vorauszusagen, daß sie den Rechtsparteien keinerlei ernsthaften Widerstand werden leisten können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241024-18/fragment/page=0001

Verwertung der Ruhrspionage.

Dortmund, 23. Oktober. Die Abberufung Degouttes und seines Generalstabschefs Henry ist in erster Linie deshalb erfolgt, weil ihre militärische Einstellung der jetzigen Räumung des Ruhrgebietes nicht entsprach. Sie sind auf ihren Vorschlag in die Section economique des französischen Kriegsministeriums übernommen worden. Eine ganze Reihe französischer Offiziere, die dieser Section in der Rheinarmee angehörten, wurden in die Industriezentren Frankreichs, zum Teil in höhere Kommandostellen versetzt, um dort ihre Ruhrerfahrungen in enger Zusammenarbeit mit der französischen Industrie für die Landesverteidigung zu verwerten. Auch höhere Verwaltungsbeamte der Besatzungsmächte sollen nach und nach ausgeschaltet werden, da sie durch die separatistischen Bewegungen kompromittiert sind. Darunter befindet sich auch der belgische Delegierte in Duisburg, ebenso ein französischer Delegierter in Düren, dessen Abberufung erfolgte. Es heißt, daß in allernächster Zeit weitere Veränderungen in der französischen Verwaltung des besetzten Gebietes zu erwarten sind.

•

Was hier, so schamhaft hinter dem Ausdruck „Ruhrerfahrungen" verborgen wird, ist in Wirklichkeit der Erfolg der strategischen und wirtschaftlichen Spionage, die nun im französischen Heer und in der französischen Industrie gegen Deutschland Anwendung finden soll. Die scheinbare Maßregelung der angeblich „unliebsamen" oder gar „kompromittierten" Besatzungsbeamten hat noch eher den Charakter der Belohnung und Beförderung, weil das reiche Wissen über deutsche Verhältnisse diese Beamten für die französische Regierung besonders wertvoll macht.

Dr. Jarres darf nicht zurückkehren.

Duisburg, 24. Oktober. Die belgische Besatzungsbehörde hat die Rückkehr von Dr. Jarres in sein früheres Amt als Oberbürgermeister von Duisburg abgelehnt. Die Reichsregierung will bei der belgischen Regierung Vorstellungen erheben, da nach den Londoner Abmachungen die deutsche Verwaltung im Ruhrgebiet restlos wiederhergestellt werden muß.

Weitere Kommunistenverhaftungen.

In Ausführung der vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes erlassenen Haftbefehle gegen die 62 bisherigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten wurde in Stuttgart der Abg. Peter Maslowski festgenommen, während in Bremen Eugen Eppstein verhaftet wurde. Von den übrigen 59 steckbrieflich Verfolgten hat man bisher eine Spur noch nicht gefunden.

*

In den Kreisen der kommunistischen Parteileitung herrscht über diese Massenverfolgung erhebliche Aufregung, da das Ausscheiden dieser mit Eisenbahnfreifahrtscheinen versehenen Redner für den Wahlkampf auch in finanzieller Beziehung eine schwere Belastung darstellt. Die Bestrebungen der Parteileitung gehen nun dahin, unter Anwendung eines Druckmittels die vorläufige Zurückziehung der Haftbefehle zu erzwingen. Die örtlichen Organisationen sollen versuchen, bei den sozialistischen Gewerkschaften Stimmung für eine gemeinsame Aktion zu machen. Man verhehlt sich jedoch nicht, daß bei der ganzen gegenwärtigen Wirtschaftslage die vorgeschlagene Agitation für einen Proteststreik so gut wie aussichtslos ist. Man ist deshalb ziemlich ratlos und der Ansicht, daß die kommunistische Bewegung, die sowieso im gegenwärtigen Wahlkampfe der stärksten Anstrengungen bedarf, um sich zu behaupten, stark vermindert in den neuen Reichstag einziehen wird.

Kritik an Ebert und Severing.

Berlin, 23. Oktober. Wegen Herabsetzung der republikanischen Staatsform und wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des Innenministers Severing hatte sich heute der Schriftsteller v. Gleichen-Rußwurm vor dem Schöffengericht Schöneberg zu verantworten. Der Angeschuldigte hatte in den „Grünen Blättern", einer politischen Wochenschrift, behauptet, daß der Reichspräsident sich nur nach außen hin als überparteilicher Mann gäbe, in Wirklichkeit aber die Interessen seiner Partei vertrete. Vom Minister Severing war gesagt worden, daß er nach Zeitungsmeldungen während der kommunistischen Ruhrkämpfe eine Art militärischen Landesverrats getrieben habe. Ein früherer Termin war vertagt worden, da der Angeklagte für den zweiten Teil der Anklage den Wahrheitsbeweis antreten wollte. Das Gericht kam aber zu dem Beschluß, daß es auf den Wahrheitsbeweis nicht ankomme. Der Staatsanwalt beantragte 2000 Mk. Geldstrafe. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß der Angeklagte die republikanische Staatsform nicht habe verächtlich machen wollen, und sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften zur Lohnerhöhung.

Sämtliche Ortsverbände der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben Richtlinien, die bei allen Gewerkschaften so ziemlich übereinstimmen, für ein Vorgehen erhalten, das die Steigerung des Reallohnes in einer der Teuerung angemessenen Weise zum Ziele hat. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben sich zu diesem Schritt nach gemeinsamen Beratungen, die ein geschlossenes Vorgehen zum Ergebnis hatten, veranlaßt gesehen. Im allgemeinen wird eine Erhöhung des Reallohnes um durchschnittlich 15 Prozent gefordert.

Ein neuer polnischer Gewaltakt.

Berlin, 24. Oktober. Das Posener Liquidationskomitee hat die Liquidation des evangelischen Alumnats Paulinum in Posen zugunsten des polnischen Staates beschlossen und damit begonnen, die Liquidationsverkäufe, die bereits Tausende von deutschen Bauern aus dem Lande gejagt haben, auch auf die kirchlichen Liebeswerke auszudehnen. Gegen den Beschluß des Liquidationskomitees ist Einspruch erhoben worden.

Der neue Thüringische Staatsbankpräsident.

Weimar, 23. Oktober. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist durch Beschluß des thüringischen Staatsministeriums das Mitglied des Direktoriums der preußischen Zentral-Genossenschaftskasse Geheimer Finanzrat, Staatsfinanzrat Prof. Dr. Jost mit Wirkung vom 1. November d. Js. zum leitenden Direktor der Thüringischen Staatsbank (Präsident) ernannt worden.

Eine amerikanische Luftschiff-Expedition nach dem Nordpol?

Christiania, 24. Oktober. Laut „Aftenposten" erwägt Amerika die Möglichkeit, zwei Luftschiffe nach dem Nordpol zu schicken. Amundsen soll die Leitung der Expedition angeboten sein, der auch angenommen habe. Außerdem ist eine französische und eine isländisch-englische Nordpolexpedition für nächsten Sommer geplant.

Der deutsch-französische Handelsverkehr.

Paris, 23. Oktober. Heute werden die offiziellen Ziffern über den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland in den ersten sechs Monaten 1924 veröffentlicht. Sie weisen einen geradezu erschreckenden Rückgang gegenüber den Ziffern des Jahres 1923 auf, von denen des Jahres 1913 gar nicht zu rechnen. Die Einfuhr Deutschlands nach Frankreich betrug 1923 in Goldfranken 588 Millionen, 1924 261 Millionen. Nicht so sehr herabgedrückt ist die französische Ausfuhr nach Deutschland. Diese betrug in den ersten 6 Monaten 1923 622 Millionen Goldfrank, in diesem Jahre 569 Millionen Goldfrank.

Wahlreden im Landtag.

Der Preußische Landtag verabschiedete gestern zunächst ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung die Schiedsmannordnung. Sodann unternahm er abermals den Versuch, das Gesetz über den Abbau von Wahlbeamten (lex Scheidemann) zur Verabschiedung zu bringen. Zum viertenmal stellte sich, trotzdem das Haus dicht besetzt war, Beschlußunfähigkeit heraus. Es wurden im ganzen nur 199 Stimmzettel abgegeben, zur Beschlußfähigkeit fehlten 13 Abgeordnete. In der für eine Minute später angesetzten neuen Sitzung wurde die dritte Lesung des Etats in Angriff genommen.

Der Sozialdemokrat Heilmann wandte sich im Gegensatz zu seinen früheren Reden mit keinem Wort gegen die Kommunisten, sondern ausschließlich gegen die Deutschnationale Volkspartei. Als Heilmann den Deutschnationalen vorwarf, sie hätten Erzberger in den Tod gehetzt, ertönten stürmische Pfuirufe der Rechten. Der jüngste Deutschvölkische, der Abgeordnete Voß, rief ihm „frecher Jude" zu. Die deutschnationalen Manöver seien an der Festigkeit der sozialdemokratischen Partei gescheitert. Als Frucht der demokratischen Erfüllungspolitik erscheine jetzt die Räumung des Ruhrgebiets. Der Tag der letzten Reichstagswahl, der 4. Mai, sei der letzte Sieg Poincares gewesen. Im letzten Moment habe die Demokratie das deutsche Volk noch vom Abgrund zurückgerissen. (Lachen rechts.) Am 7. Dezember müsse Deutschland sich selber retten.

Abg. von der Osten (Dnt.) trat der „Wahlrede" Heilmanns entgegen. Sie sei verständlich, wenn man bedenke, daß auch Kautzky geschrieben habe, die Lüge sei unter Umständen nicht nur erlaubt, sondern geboten. Mit vier Ministerposten im Reiche würde den Deutschnationalen immer noch kein maßgebender Einfluß gesichert worden sein. Die preußische Regierungspolitik dagegen sei fast dauernd sozialdemokratisch orientiert. Darum seien auch die Interessen Preußens in der Reichsbahngesellschaft nicht zur Geltung gekommen. Die Sozialdemokraten trieben Verhetzung, sie wollten keinen Ausgleich, keine Zölle, Die Steuergesetzgebung, besonders Gewerbe- und Hauszinssteuer, führe das Volk immer weiter in den Abgrund, in den es durch den 9. November gestürzt worden sei. Die Wohnungszwangswirtschaft müsse beseitigt werden. Eine vernünftige Finanzpolitik müsse sich die Aufwertung angelegen sein lassen; auch hier habe das Staatsministerium versagt. Das Ziel der Deutschnationalen sei, die wirkliche Volksgemeinschaft, ein neues Preußen auf den glorreichen Grundlagen des alten Preußens. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) erklärte, die Wahlrede des Abg. Heilmann sei aus dem Aerger geboren, daß die Dinge im Reiche nicht nach seinem Wunsche gelaufen seien. Dagegen, daß die breiten Massen allein die Lasten des Krieges tragen sollten, wende sich auch seine Partei. Abg. Dr. Schwering (Ztr.) wies auf die Bedeutung seiner Partei bei der Neuregelung der Dinge nach dem 9. November hin, das Zentrum sei stets der ruhende Pol, seine Politik sei niemals Parteipolitik gewesen. Die Reichstagsauflösung sei zu begrüßen, weil dem Volke Gelegenheit gegeben werde, aus dem Nebel der Parteipolitik herauszukommen.

* * *

Der Prozeß gegen „O C".

Leipzig, 23. Oktober. Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages im Prozeß gegen die Organisation „Consul" macht Rechtsanwalt Luetgebrune den Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß bisher den Angeklagten noch nicht mitgeteilt worden sei, wessen sie beschuldigt werden, ein allerdings ungewöhnlicher Vorfall. Der Präsident holt dann auch sofort die Unterlassung nach und liest die Anklagepunkte vor.

Der Präsident beginnt sodann mit der Vernehmung. Zuerst wurde die Frage erörtert, ob die Angeklagten in den Rathenaumord verwickelt seien. Der Hauptangeklagte Hoffmann erklärt, daß er weder mit dieser Tat, noch mit dem Scheidemann-Attentat etwas zu tun habe, Der Angeklagte Kautter nahm dann noch einmal das Wort zur Verteidigung der von ihm herausgegebenen Zeitschrift Wiking. Die Organisation Consul und Wiking seien von Regierungsmännern, wie dem Reichskanzler Dr. Wirth, damals aufs schwerste angegriffen worden. „Der Kanzler hat als erster Staatsbeamter die Akten eingesehen und entgegen der sonstigen Gepflogenheit

in ein schwebendes Verfahren eingegriffen

und so das Bild verzerrt. Dasselbe hat auch Herr Scheidemann getan. So wurden dann die Statuten der O. C. mit ganz anderen Augen betrachtet. Der Reichsanwalt fragt, ob der Angeklagte Müller als Gründer der Organisation „Wiking" oder der Organisation „Consul" anzusehen sei. Angeklagter Müller: Ich würde es mir zur Ehre anrechnen, als der Gründer der Organisation angesehen zu werden. Er stellt dann nochmals fest, daß der erste Entwurf der Statuten noch garnicht die Gründung der Organisation bedeute. Der erste Entwurf verfolgte keine innerpolitischen Ziele. Es sei lediglich ein Paragraph vorhanden gewesen, der

die Zerschlagung des Versailler Vertrages zum Ziele

hatte. Es wird dann in der Vernehmung der einzelnen Angeklagten fortgeschritten. Es entspinnt sich wieder wie bereits gestern eine längere Auseinandersetzung, ob die Satzungen der O. C. endgültige waren oder es sich nur um einen Entwurf handelte. Verteidiger Ewald stellt aus einer Blätternotiz fest, daß ein Beamter, der bei den Angeklagten Broeren eine Haussuchung vorgenommen hatte, von der Auffindung eines Satzungs-„Entwurfes" spricht. Der Vorsitzende verwendet immer wieder den Ausdruck „Satzungen", während alle Angeklagten immer wieder betonen, daß es sich hier nur um einen „Entwurf" gehandelt habe. Justizrat Hahn verlangt, daß endlich in **aller Oeffentlichkeit der wirkliche Zweck der Organisation C. festgestellt wird, damit endlich die Behauptung von einer innerpolitischen Mörderzentrale, die bereits wieder in der Presse auftauche, zum Schweigen gebracht werde.** Rechtsanwalt Bloch stellt daraufhin den Beweisantrag, die zwei Referentare in Breslau darüber zu vernehmen, daß sie von Koppe die vorläufigen Satzungen mit der Bitte erhalten hatten, ein juristisches Gutachten darüber abzugeben. Die übrigen Verteidiger schließen sich dem an. Der Verteidiger macht den Vorschlag, die Entscheidung über den Antrag Bloch bis zum Schluß der Vernehmung der Angeklagten zurückzustellen. Bei der Vernehmung des Angeklagten von Abendroth entspinnt sich dann noch eine längere Auseinandersetzung über das Wort „Fehme". Der Vorsitzende meint, daß doch die Gefahr furchtbar nahe liegt, daß das Wort Fehme falsch verstanden wird, und daß das Wort in einem Mordsinne ausgelegt wird, Der Angeklagte erwidert, daß diese Gefahr gegeben sei. Aber sind nicht immer unsere besten Absichten verdreht und mißverstanden worden? Hierauf wird in einer zweistündigen Mittagspause eingetreten.

In der am Nachmittag fortgesetzten Verhandlung wird mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Der Angeklagte Freiherr von Zedlitz-Neukirch war Vertreter der O. C. von Schlesien und will von den Satzungen nichts gewußt haben. Für die Oberschlesier war nur der oberschlesische Aufstand von Bedeutung. Ehrhardt war lediglich der geistige Führer. Die Organisation C. war lediglich, soweit überhaupt von einer Organisation die Rede sein konnte, für Oberschlesien bestimmt; politische Ziele kommen nicht in Betracht. Sodann wird der Angeklagte Koppe vernommen, der der Führer der Sturmkolonne Koppe in Oberschlesien war. Der Angeklagte erklärt, lediglich für militärische Zwecke zur Verfügung gestanden zu haben. Der Angeklagte Korvettenkapitän Ehrentraut hat gemeinsam mit den Angeklagten Biebig und Stobwasser in Berlin für den Zusammenschluß der alten Kameraden der Marinebrigade gesorgt und stellte sich dann später ebenfalls der O. C. für militärische Zwecke zur Verfügung. RA. Sack erklärt darauf, daß nun endlich einmal festgestellt werden müsse, daß die Reichsregierung die Oberschlesienkämpfer vollständig im Stiche gelassen habe, nachdem sich diese Kämpfer in den Zeiten der höchsten politischen Not in Oberschlesien zur Abwehr eingesetzt haben. Die Regierung habe es aber ruhig zugelassen, daß im Parlament gegen die O. C. gewettert wurde, obwohl lange vorher die grundlosen Verdächtigungen durch den Oberreichsanwalt erledigt worden waren. Der Angeklagte Biebig gibt dann ein umfassendes Bild, wie die Berliner Gruppe der O. C. entstanden ist. Seine Tätigkeit in der O. C. faßt er als eine rein militärische auf. Auch die übrigen Angeklagten bringen zum Ausdruck, daß für sie die O. C. lediglich eine Geheimorganisation mit militärischen Zielen ohne Spitze gegen die Regierung gewesen sei. Vors.: Na ja, das ist ja alles ganz schön; aber das Strafgesetz verbietet einen Geheimbund und die Besprechungen, die von einem Geheimbund ausgehen. Der Vorsitzende stellt dann fest, daß das Gericht am Schluß der Beweisaufnahme angelangt sei. Im Einvernehmen mit dem Oberreichsanwalt habe er den damaligen Untersuchungsrichter geladen, um negative Feststellungen zu treffen, die auch in der Anklageschrift getroffen sind. **Die Anklageschrift stellt fest, daß nicht der geringste tatsächliche Anhalt übrig blieb, daß es zu den Bestrebungen der Organisation gehört habe, Mitglieder einer republikanischen Regierung durch den Tod zu beseitigen.** Der Vorsitzende verliest sodann eine Mitteilung des sächsischen Justizministeriums, in der dieses erklärt, daß die Vernehmung des Landgerichtsdirektors Richter nur soweit erfolgen dürfe, als es sich darum handelt, daß die Angeklagten, die vor dem Untersuchungsrichter protokollierten Aussagen tatsächlich erstattet haben. Die Verteidigung wendet sich heftig gegen diese Mitteilung der sächsischen Regierung. Die Verteidigung beantragt eine Unterbrechung der Verhandlung, um zu einer gemeinsamen Stellungnahme bezüglich der von der sächsischen Justizbehörde herbeigeführten Beschränkung der Vernehmung des Untersuchungsrichters zu kommen. Nach einer viertelstündigen Pause gibt RA. Luetgebrune den Beschluß der Verteidigung bekannt. Die Verteidigung beantragt, daß die Untersuchungsergebnisse des Untersuchungsrichters Dr. Richter zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden und daß der Untersuchungsrichter Dr. Richter durch das Reichsjustizministerium von seiner Schweigepflicht entbunden wird. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück, worauf der Vorsitzende bei Wiedereröffnung der Verhandlungen erklärt, daß das Gericht den Antrag der Verteidigung abgelehnt habe. Den Interessen der Angeklagten würde nicht gedient, wenn das Ergebnis der Untersuchung zum Gegenstande der Besprechung gemacht würde. Der Präsident schlug darauf Vertagung auf Freitag vormittag 9 Uhr vor.

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag 20. 10.	Dienstag 21. 10.	Mittwoch 22. 10.	Donnerst. 23. 10.	Freitag 24. 10.	Sonnabd. 25. 10.	Sonntag 26. 10.
Anf. 7	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 7½	Anf. 3½ Die Fahrt nach Orplid Anf. 7½
Faust	Euryanthe	Ein Sommernachtstraum	Die neugierigen Frauen	Die Geliebte	Ein Sommernachtstraum	Der Zigeunerbaron

Aus Stadt und Umgebung

Zum Streik der Gemeindearbeiter in Mitteldeutschland.

Wie wir erfahren, sind in der durch den Streik der mitteldeutschen Gemeindearbeiter geschaffenen Lage seit dem gestrigen Tage wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Die bestreikten Städte haben ihre Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit innerhalb 24 Stunden aufgefordert mit der Erklärung, daß sie bei einer Nichtwiederaufnahme der Arbeit innerhalb der Frist fristlos entlassen sind. In verschiedenen Städten hat hierauf ein Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Soweit sich die allgemeine Lage bis jetzt übersehen läßt, erweckt es immer mehr den Anschein, daß dem Streik der Gemeindearbeiter die erforderliche feste Grundlage fehlt und die einzelnen Arbeiter nur wenig Sympathie für diesen ihnen durch ihre Organisation aufgezwungenen Kampf zeigen. In zahlreichen Städten der Provinz Sachsen und Anhalts, besonders aber in den braunschweigischen Städten, in denen die Gemeindearbeiter weiter arbeiten, besteht unter den Gemeindearbeitern durchaus keine Stimmung für einen Streik. Die Mittel, die der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter benutzt, um seine Mitglieder und auch die Oeffentlichkeit von der Berechtigung des Streikes zu überzeugen, lassen erkennen, daß die Position dieser Gewerkschaft nur äußerst schwach ist und der Streik der Gemeindearbeiter in absehbarer Zeit in sich zusammenbrechen muß. Da die Arbeiten durch Arbeiter, die sich dem Streik nicht angeschlossen haben, und durch die Teno so weit durchgeführt werden, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität usw. in beschränktem Maße überall sichergestellt ist, wird die Bevölkerung durch den Streik der Gemeindearbeiter nur ganz unerheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die Lohnsätze, mit denen der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Presse operiert, sind nicht geeignet, seine Stellung zu stärken, denn diese Lohnsätze, die ab Juni gelten, sind längst dadurch überholt, daß für September eine Erhöhung um 3 Pfg. vorgenommen ist und für die Monate Oktober und November nach dem Angebot des Arbeitgeberverbandes eine weitere Erhöhung von je 1 Pfg. eintreten soll.

In Halle sind die Werkstättenarbeiter der städtischen Straßenbahnen am Donnerstag vormittag zur Arbeitsniederlegung gezwungen worden, obgleich in der Lohnstreitfrage für das Straßenbahnpersonal die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft sind und das im Deutschen Verkehrsbund organisierte Fahrpersonal der Haller Straßenbahn durchaus nicht zu streiken beabsichtigt. Diese Arbeitsniederlegung ist in der Hauptsache erfolgt auf Grund eines unwahren Gerüchtes. Da es sich in diesem Falle um einen Tarifbruch handelt, hat der Magistrat Halle die streikenden Werkstättenarbeiter der Straßenbahhnen aufgefordert, die Arbeit sofort aufzunehmen, andernfalls sie als entlassen gelten.

Von den durch diesen Lohnstreik betroffenen Gemeindearbeitern streiken nicht die im Deutschen Verkehrsbund, Deutschen Metallarbeiterverband, Verband der Maschinisten und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241024-18/fragment/page=0002

Heizer und in den christlichen Verbänden organisierten Arbeiter, sondern lediglich die im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammengeschlossenen Arbeiter.

*

Bestandenes Examen. Der Kandidat der Theologie Gottfried Walther, Sohn des Pastors Walther in Crumpa bei Merseburg, hat vor dem ev. Konsistorium in Magdeburg sein zweites theologisches Examen mit „Gut" bestanden.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 22. Oktober in den Leunawerken bei Montagearbeiten der Firma Menuin A.-G. im Bau 283. Beim Hochziehen eines eisernen Bunkers brach eine Befestigungsschraube, der Bunker kippte und traf den Monteur Fritz Portugal aus Kassel mit einer Kante an die Stirn, so daß dieser abstürzte und tödlich verunglückte.

Preußischer Landgemeindetag in Berlin. Der Verband der Preußischen Landgemeinden E. V., Berlin, Spitzenverband der Landgemeinden, Amts- und Gutsbezirke Preußens wird am 14. November d. Js. einen Vertretertag der Provinzen und am 15. November d. Js. einen Landgemeindetag für die Gemeinden usw. ganz Preußens in Berlin im Reichstag abhalten.

Der alte Unfug der Kettenbriefe. Vom evangelisch-sozialen Pressedienst wird uns geschrieben: Von befreundeter Seite sind uns Briefe zugeschickt worden mit einem höchst merkwürdigen Inhalt. Es handelt sich um sogenannte Kettenbriefe, die den Schreibern „das Glück" verbürgen sollen. Ueber dem einen steht: „Bitte mitmachen! — das Glück!" Danach folgende Zeilen: „Schreiben Sie dieses ab und senden Sie es an neun Menschen, denen Sie Glück wünschen. Zerreißen Sie die Kette nicht! Wer sie zerreißt, wird nie Glück haben. Die Kette ist von einem amerikanischen Offizier begonnen und soll zwanzigmal um die Welt gehen. Tun Sie es, ehe 24 Stunden vergehen und Sie werden Glück haben in neun Tagen." Unterschrift „Das Glück". — Der Inhalt des anderen Briefes lautet: „Bitte dieses Blatt zu kopieren und an neun Freunde und Bekannte zu schicken. Diese Kette wurde von einem amerikanischen Offizier angefangen und soll dreimal um die Welt gehen. Kopieren Sie dieses innerhalb 24 Stunden nach Erhalt dieses Schreibens; zählen Sie neun Tage zu, und Sie werden Glück haben. Was diese Kette zu bedeuten hat, ist uns von unseren Vorgängern nicht erklärt. Da wir viel vernünftige Leute und Firmen darunter haben, machen wir mit. Glück kann jeder gebrauchen. Bitte, unterbrechen Sie diese Kette nicht, denn wer es tut, wird Unglück haben." Wir haben bei den Firmen, die den zweiten Brief weitergegeben haben, genau nachgefragt und müssen sagen, daß wir außerordentlich erstaunt sind, daß selbst große Werke darunter sind, deren Namen aber verschwiegen werden sollen, um sie mit ihrer Leichtgläubigkeit nicht lächerlich zu machen. Wir unterbrechen hiermit beherzt diese Kette und sind gern bereit, alle Folgen auf uns zu nehmen, umsomehr, als es sich hier um nichts weiter handelt als um einen gänzlich sinnlosen und abgeschmackten alten amerikanischen Humbug.

Evangelische Kulturarbeit. Die Förderung literarischer Forschung liegt im Interesse des ganzen Volkes. Im Ausland wird viel zur Erweiterung des Schatzes an wissenschaftlichen Erzeugnissen getan. Deutschland hielt sich leider darin zurück. Besonders muß auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, die theologische Forschung für die Gegenwart zu stärken. Es gilt begabte minderbemittelte Studenten zu unterstützen, theologische Zeitschriften zu erhalten und zu erweitern, an der Schaffung von Religionswerken dadurch mitzuhelfen, daß die Anschaffungskosten für den einzelnen nicht zu hoch sind. Die Gesellschaft zur Förderung der theologischen Wissenschaften in der Provinz Sachsen und Anhalt unterstützt tatkräftig diese Bestrebungen. Zur Mitarbeit ist jeder willkommen, der Mindest-Jahresbeitrag 2 Mark wird auf Postscheckkonto Erfurt 114 69 erbeten. Im Vorstand und Arbeitsausschuß sind u. a. folgende Herren tätig: die Prof. Geh. D. Dobschütz, D. Eger und D. Ficker.

Die Volkskirchlich-evangelische Vereinigung für die Prov. Sachsen wählte Geh. Rat. D. Elze, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegen mußte, zu ihrem Ehrenvorsitzenden und Geh. Rat Prof. D. Eger zum neuen Vorsitzenden der Vereinigung.

Stromunterbrechung. Am Sonntag, den 26. Oktober 1924, wird das Leitungsnetz des städtischen Elektrizitätswerkes zwecks Ausführung dringender Revisions- und Erweiterungsarbeiten in der Zeit von 9,30—1,30 Uhr mittags abgeschaltet.

Bilder der Woche. Der blutige Bürgerkrieg in China wird von den Augen der ganzen Welt mit Spannung verfolgt. Für die Kriegsführung der chinesischen Truppen typische Bilder, die am Schauplatz der Kämpfe aufgenommen sind, veröffentlichen wir in unserer nächsten Bilderbeilage. Gleiche eingehende beschreibende und illustrative Behandlung hat der gegenwärtig in England vor sich gehende und auch für Deutschland bedeutungsvolle Wahlkampf um das neue Parlament gefunden. Die neuesten Ereignisse auf dem Gebiete der Politik, der Kunst und der Tagesereignisse sind ebenfalls durch reichhaltiges Bildmaterial bedacht worden.

Bilder vom Tage. In den Schaukästen unserer Filiale in der Gotthardtstraße gelangen heute wieder neue Bilder zum Aushang: Die große Parade in Washington. — Jahresfeier beim ägyptischen Konsul in Berlin. — Außerordentliche Sprungleistung des bekannten Springers H. Schumann. — Zur Jährlingsauktion auf der Rennbahn in Hoppegarten.

Wer ist der Besitzer? Bei der Polizei sind als gefunden abgegeben worden: Ein Handwagen und ein Kindermantel.

*

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Die Höchstzahl für 1925 festgesetzt.

Die für das Jahr 1924 von den Landesämtern für Arbeitsermittlung erteilten Genehmigungen zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter laufen zwischen dem 15. und 31. Dezember d. J. ab.

Für das Jahr 1925 ist von der Reichsarbeitsverwaltung wiederum eine Höchstzahl der für die einzelnen Provinzen und Länder zulässigen ausländischen Landarbeiter festgesetzt worden, die in erster Linie für den intensiven Hackfruchtbau, besonders den Rübenbau, bestimmt sind. Die Verteilung des Kontingents erfolgt durch die Landesämter für Arbeitsvermittlung. Die Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter im Jahre 1925 sind sofort — spätestens bis Ende Oktober d. J. — bei dem für die Arbeitsstelle zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis einzureichen, bei dem auch die Antragsvordrucke erhältlich sind. Die Beschäftigungsgenehmigung ist nicht nur für neueinzustellende, sondern auch für solche ausländischen Arbeitskräfte zu beantragen, die sich bereits an der Arbeitsstelle befinden und im nächsten Jahre vom Arbeitgeber weiter beschäftigt werden sollen. Die unerlaubte Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist strafbar. Es liegt im dringenden Interesse der Arbeitgeber, etwaige Anträge sofort zu stellen, da verspätet eingereichte Anträge Gefahr laufen, infolge Aufteilung des Kontingents nicht mehr berücksichtigt zu werden.

Letzte Depeschen

Strafanträge im Prozeß gegen die „O C".

(Eigene Radiomeldung.)

Leipzig, 24. Oktober. Im Prozeß gegen die Organisation Consul wurde vom Staatsanwalt heute folgender Strafantrag eingebracht: 1. Hoffmann wegen Geheimbündelei 750 Mark Geldstrafe oder 2 Monate und 15 Tage Gefängnis. 2. v. Killinger 600 Mark Geldstrafe oder 2 Monate Gefängnis. 3. Müller 450 Mark Geldstrafe oder 1 Monat und 15 Tage Gefängnis. 4. Kautter 600 Mark Geldstrafe oder 2 Monate Gefängnis. 5. Henrich zu 300 Mark Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis. 6. Schüder und Klintsch Freispruch. 7. Siebel zu 300 Mark Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis. 8. Broeren zu 300 Mark Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis. 9. Mahn Freispruch. 10. Henkel zu 300 Mark Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis. 11. Krebs zu 300 Mark Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis. 12. Wegelin Freispruch. Wegen Geheimbündelei, wegen Waffenverheimlichung 3 Monate Gefängnis, die nicht als verbüßt gelten. Für alle übrigen lautet der Antrag auf Freispruch. In einzelnen Fällen gilt die Strafe als verbüßt.

Die Deutschnationalen Mißtrauensanträge im Preußischen Landtag abgelehnt.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 24. Oktober. Die heutige, voraussichtlich letzte Sitzung des Preußischen Landtages, auf deren Tagesordnung u. a. die Abstimmung über die Deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten Braun, den Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff, den Innenminister Severing und den Handelsminister Siering standen, nahm einen stürmischen Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff noch einmal Gelegenheit, sich auf die Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten v. d. Osten über seine Stellung zu den Schutzzollfragen zu äußern. Die Abgeordneten der Rechten antworteten mit stürmischen Zurufen. Ministerpräsident Braun unterstrich dann die Darlegungen Dr. Wendorffs. Darauf wurde in die Abstimmung über die einzelnen Mißtrauensvoten eingetreten. Das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun wurde mit 192 gegen 79 Stimmen abgelehnt. Für das Mißtrauensvotum hatten nur die Deutschnationalen und Kommunisten gestimmt. Ebenso lehnte der Landtag das Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Severing mit 205 gegen 80 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und das gegen den Handelsminister Siering mit 198 gegen 79 Stimmen bei einer Stimmenthaltung ab.

Flucht des chinesischen Präsidenten.

(Eigene Radiomeldung.)

Tokio, 24. Oktober. Nach einer Meldung der japanischen „Kokusai" aus Tientsin ist Jaobun, der Präsident von China mit unbekanntem Ziel aus Peking geflohen.

*

Devisen-Kurse.

Berlin, 24. Oktober. (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:

Newyork (1 Dollar).	**4,19—4,21.**
Amsterdam (100 Fl.)	164,79—165,61.
Brüssel (100 Frk.)	20,13—20,23.
Paris (100 Frk.)	21,92—22,02.
London (1 Lstr.)	18,845—18,935.
Schweiz (100 Frk.)	80,67—81,07
Stockholm (100 Kr)	111,47—112,03.
Kopenhagen (100 Kr.)	72,29—72,65.
Rom (100 Lire)	18,22—18,32.
Prag (100 Kr.)	12,50—12,56.
Wien (100000 Kr.)	5,915—5,945.

Alles in Billionen Mark.

*

Die amtlichen Produktenpreise vom 22. Oktober.

Berlin, den 24. Oktober (Drahtlos). Amtlich wurden heute notiert (Getreide und Oelsaaten per 1000 kg sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk. 215—220, Roggen märk. 210—214, Sommergerste märk. 240—265, Futtergerste 210—225, Hafer märk. 175—185, Weizenmehl 30—33,25 Roggenmehl 29—33, Weizenkleie 13,—, Roggenkleie 12,50—13, Raps 390—400, Leinsaat 400—410, Viktoriaerbsen 34—38, kleine Speiseerbsen 24—26, Futtererbsen 19—20, Peluschken 17—19, Ackerbohnen 20—22, Wicken 18—20, Lupinen blaue 14—15, Lupinen gelbe 16—19, Seradella alte 14—15,— neue 20—24. Rapskuchen 15,80 Leinkuchen — — —, Trockenschnitzel 10,60, Zuckerschnitzel —, Tortmelasse 9,10, Kartoffelflocken 19—19,50, Kartoffeln weiße 1,65, rote 1,85, gelbfl. 2,50.

Rauhfutter: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 1,30 bis 1,50, Haferstroh 1,20—1,40, Gerstenstroh 1,20—1,40, Roggenlangstroh, bindfad. gepr. Roggen- und Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,75, Heu (handelsübl.) 2,20 bis 2,40, Heu (gutes) 3,10—3,30, Mielitzheu (lose) —, Kleeheu (lose) 3,90—4,40.

Tageskalender.

Freitag, den 24. Oktober. Theaterverein Merseburg: „Zigeunerbaron".

*

Rundfunkprogramm.

Welle 452 Meter.
Leipziger Meßamts-Sender.
Sonnabend, den 25. Oktober.

11,55 Uhr vm.: Wirtschaftsnachrichten.
12 Uhr vm.: Konzert auf einem Duo-Phonola „Rönisch" der Firma Ludwig Hupfeld, A.-G., Leipzig.
12,58 Uhr nm.: Nauener Zeitzeichen.
1 Uhr nm.: Pressebericht.
4 Uhr nm.: Amtl. Berliner Wirtschaftsnachrichten und amtl. Devisen.
4,30—6 Uhr nm.: Konzert der Hauskapelle.
6 Uhr nm.: Hamburger und amerikanische Wirtschaftsnachrichten.
7,30—8 Uhr nm.: Vortrag: Prof. Witkowsky: Knut Hamsuns „Spiel des Lebens".
8,15 nm.: **Populärer Abend**
Das verstärkte Rundfunk-Orchester. Dirigent: Kapellmeister Alfred Simon.
1. Ouvertüre „Die lustigen Weiber von Windsor" Nicolai
2. „Fledermaus"-Potpourri Joh. Strauß
3. Brucker Lager-Marsch Kral
4. „Carmen"-Fantasie Bizet
5. Morgenstimmung Anitras Tanz. Aus „Peer Gynt" Grieg
6. Einzug der Gäste aus „Tannhäuser" Wagner
7. Ungarischer Tanz Nr. 5 Brahms
8. Geschichten aus dem Wiener Wald Joh. Strauß
9. Deutschmeister-Marsch Jurek

Anschließend (etwa 9,30 Uhr nm.) Pressebericht und Hackbeils Sportfunkdienst. Dann bis 11,30 Uhr nm.: Tanzmusik.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Halle, 23. Oktober. (Die Landesleitung der Technischen Nothilfe) Sachsen-Anhalt-Thüringen teilt mit: Die Streikleitung der Gemeinde- und Staatsarbeiter bringt einen Aufruf, in dem behauptet wird, daß in den bestreikten städtischen Betrieben in Halle die Technische Nothilfe eingesetzt sei. Diese Behauptung ist unzutreffend; die Technische Nothilfe ist bisher zwar in einer Reihe von Städten der Provinz Sachsen zur Verrichtung von Notstandsarbeiten in gemeinnützigen Betrieben eingesetzt, aber nicht in Halle. Es ist bisher weder seitens der Regierung noch seitens des Polizeipräsidiums noch seitens des Magistrates eine Aufforderung zum Einsatz an die Technische Nothilfe ergangen.

*

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Von der Straßenbahn überfahren.

Die 55jährige Gattin des Oberbefehlshabers des Gruppenkommandos I der Reichswehr, General der Artillerie v. Behrendt, wurde gestern, als sie den Fahrdamm der Hardenbergstraße überschreiten wollte, von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet.

*

Stettin, 22. Oktober. (Großfeuer). In Lischnitz bei Lauenburg brannte ein Wohnhaus bis auf den Grund nieder. Fünf Familien sind obdachlos. Die Bewohner des Hauses waren meist abwesend, da sie an einem Fest teilnahmen. — Ein zweites Großfeuer wütete auf dem Gehöft des Eigentümers Leo Conradt in Güdenhagen bei Köslin. Das Feuer entstand in einer Scheune, die mit Erntevorräten gefüllt war, die vollständig vernichtet wurde. Von der Scheune schlug das Feuer auf das Wohngebäude und den Viehstall über, die ebenfalls niederbrannten. Man vermutet Brandstiftung.

Hannover, 23. Oktober. (Ein Lastauto in die Leine gestürzt.) Ein Lastauto mit Anhänger von der Mühle Malzfeld in Sarstedt, mit 170 Zentner Mehl beladen, stürzte bei Nordstemmen von der Flutbrücke in die Leine ab. Das Lastauto wollte einem entgegenkommenden Milchwagen ausweichen und geriet dabei ins Rutschen. Der auf dem Bremssitz des Anhängerwagens sitzende Begleiter Knoll aus Sarstedt war sofort tot.

*

Große Postdiebstähle in Hamburg und Berlin.

Zehntausende von Briefen vernichtet.

Hamburg, 23. Oktober. Beamten der Postüberwachungsstelle in Hamburg ist es gelungen, den Handlungsgehilfen Erich Hermann Backhaus aus Elberfeld und den Hochbautechniker Heinrich Heinz Bönsch aus Barmen bei der Beraubung von Briefkästen zu ertappen. Das Diebespaar, das in einer großen Anzahl von westdeutschen Städten und außerdem auch in Hamburg und Berlin tätig gewesen war, fahndete auf Briefe mit Geldinhalt und vernichtete prinzipiell alle anderen ihm in die Hände gefallenen Briefschaften. Da der tägliche Raub ungefähr fünf- bis sechshundert Briefe betrug, so dürften den Dieben bei ihrer langen Tätigkeit allein in Hamburg ungefähr 20 000 Briefe in die Hände gefallen sein.

Eingesandt

Am kommenden Montag haben sich die Stadtverordneten mit einer Vorlage zu beschäftigen, die der Magistrat in Beachtung einer in der Sitzung vom 23. Juni gegebenen Anregung unterbreitet.

Es handelt sich um die Befestigung des Bürgersteiges in der Naumburger Straße, die im Hinblick auf die eingeleitete Entwicklung Merseburgs zur „Großstadt" an sich zu begrüßen ist. Wesentlich dringlicher als die Pflasterung dieses Bürgersteiges wäre aber die Befestigung des Bürgersteiges auf der Westseite der Weißenfelser Straße gewesen, die ich früher in Stadtverordnetenversammlungen wiederholt angeregt habe, ohne daß der Magistrat das erforderliche Verständnis hierfür aufbrachte. Man begründete die Unmöglichkeit der Berücksichtigung dieses Wunsches stets mit der chronischen Geldknappheit der Stadt.

Zweifelsohne ist der Auto-, Fuhrwerk- und Fußgängerverkehr in der Weißenfelser Straße ganz erheblich größer als in der Naumburger Straße, in der zudem vorläufig nur an der Eisenbahnunterführung einige Häuser stehen, während im Gegensatz hierzu die Weißenfelser Straße vom Kinderplatz ab bis über die Kaserne hinaus vollständig bebaut ist. Außerdem befinden sich noch auf der noch immer ungepflasterten Westseite dieser Straße einige Geschäfte, die in der Naumburger Straße gänzlich fehlen und in der man von einem lebhaften Fußgängerverkehr überhaupt nur dann sprechen kann, wenn auf dem Schützenplatz „Betrieb" ist.

Es ist geradezu furchtbar, wenn bei Regenwetter Automobile die Weißenfelser Straße befahren und dann die auf dem westlichen Bürgersteig befindlichen Passanten sich nicht trocknen Fußes vor dem umherspritzenden Schmutz in Sicherheit zu bringen vermögen. Man kann den Bewohnern der Weißenfelser Straße, die in den Sommermonaten auch schon unter der erheblichen, in keinem anderen Stadtteil in gleicher Weise bestehenden Staubplage zu leiden haben, und den diese Strasse begehenden Bürgern der Stadt nicht zumuten, daß sie für ihren Weg von und nach der Stadt nur den befestigten Bürgersteig auf der Ostseite benutzen, da der Verkehr, insbesondere zur Zeit des Schichtwechsels in den Leunawerken, außerordentlich groß ist.

Hinzu kommt, daß die Beleuchtung in dieser verkehrsreichen Straße sehr zu wünschen übrig läßt und demzufolge Zusammenstöße unter den Fußgängern durchaus nichts Seltenes sind.

Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn der Magistrat sein Interesse endlich auch einmal dem Bürgersteig auf der Westseite dieser Straße zuwenden und für dessen Pflasterung Mittel anfordern würde. Hierdurch würde endlich ein langjähriger Wunsch Berücksichtigung finden, ein Wunsch, der sehr viel berechtigter und dringlicher ist, als jene Anregung es war, der jetzt schon durch Befestigung des Bürgersteiges in der Naumburger Straße entsprochen wird. Mahlo.

Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft Karl Zeuch. Lokales und Provinz etc.: Karl Ludwig Andrich. Sport und Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241024-18/fragment/page=0003

Union Theater
Beginn: 5 Uhr
Letzte Vorführg 8.45
Mutter dein Kind ruft!
Harry als Arbeitsl.
Heute

Tägl. bis 10 M. z. verd. Näh. im Prospekt. Verlag Emil Gtreppel & Co. Köln-Ehrenfeld.

DIE VORNEHME GASTSTATTE
MÜLLER'S HOTEL
Jeden Mittwoch und Sonntag
1/2 5-UHR-TEE
Erstklassige Musik Ab 8 Uhr
Gesellschaftsabend mit Tanz
Abend-Anzug Eintritt frei
MERSEBURG
Rechtzeitige Tischbestellungen Telefon 9 erbeten.

M. R. 6.
Heute abend 8 Uhr Hauptversammlung im Boothaus.

S. S. V. 23/99.
Da in letzter Minute das Auftreten der Leipziger Kristallpalastsänger abgesagt wurde, verlegten wir unser
Winter-Vergnügen
bereits auf Sonntag, den 26. Oktober 1924, abends 7 Uhr im „Tivoli".

Unserer werten Kundschaft hiermit zur Kenntnis, daß das Geschäft in unveränderter Weise weitergeführt wird.
Der Maßabteilung
wird unser langjähriger Zuschneider auch weiter vorstehen und stets bemüht sein, die verehrte Kundschaft zufrieden zu stellen.
*
Gleichzeitig bringen wir unser großes Lager in
Herrenstoffen
sowie unsere Spezialität
Münchener Loden-Bekleidung
in empfehlende Erinnerung.
Fa. Ernst Ruttes
Fernruf 421. Gotthardtstraße 16.

Militär-
Röcke, Hosen, Mäntel, Kopfschützer, Tornister usw.
Lauchstädt 201 (am Teich).

Schreibmaschinen
neu und gebraucht kauft gegen Kasse, holt ab. Gärtner Nacht, Leipzig, Bayerschestr. 41 Fernsprecher 29 663.

Bis 10 Mk. u. mehr tägl. Verdienst. Prospekt mit Garantie-Erklärung gratis. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig 194.

Tapeziergehilfen
flotte, saubere Arbeiter suchen per sofort
Liebold & Co.
Naumburg a/S. Nordstr. 9

Königin-Luise-Bund.
Gründungsfeier
Sonntag, den 2. November, abends 8 Uhr im „Casino".
Es spricht:
Herr Generalmajor a. D. v. Lettow-Vorbeck
über
Ostafrika.
Die Einwohnerschaft von Merseburg und Umgegend ist hierzu herzlichst eingeladen.
Num. Eintrittskarten zu 1 Mk. in der Buchhandlung Pouch. — Der Reinertrag ist zum Besten unserer notleidenden Mitbürger bestimmt.

Solides Mädchen w. ausr. Herrn, 32 bis 40 J., zw. Heirat kenn. z. lern. Off. u. A. 358 a. d. Exp.

Wand-Fernsprech-Teilnehmer-Verzeichnis
des Amtes Merseburg
für Büros, Geschäftslokale, Hotels usw. sehr geeignet
Preis 50 Pfennig.
Erhältlich in der Geschäftsstelle Hälterstraße 4 — und in der Filiale Gotthardtstraße 38. —

Versteigerung.
Montag, der 27. Oktober d. J., ab vorm. 11 Uhr, versteigere ich im Grundstück Kämmeritz Nr. 2 bei Mücheln wegzugshalber öffentlich meistbietend gegen Barzahlung ge. vorh. Mobiliar und die Wohnungseinrichtung als u. a.: Kleider- und Wäschescheränke, Kommode mit Spiegel, Tische, Stühle, Wirtschaftsschrank, Küchenmöbel, Bettstellen m. und o. Matr., Nähmaschine, Grammophon m. Pl., Uhr usw.; 2 Handwagen, Handwerkszeuge, Kartoffeln, Rüben, viele andere Gegenstände.
Albert Franke, beeid. Auktionator, Merseburg, Tel. 635

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 26. Oktober 1924 (19. n. Trinitatis).
Gesammelt wird eine Kollekte f. bedürftige Gemeinden der Provinz Sachsen.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Wutike.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag abend 1/2 7 Uhr: Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Pastor Wutike.
Jungfrauen-Verein d. Vaterl. Frauen-Vereins. (Seffnerstraße 1).
Sonntag, abends 1/2 8 Uhr: Versammlung.
Christl. Verein Junger Männer (Seffnerstr. 1).
Sonntag und Dienstag, 8 Uhr: Versammlung.
Christliche Gemeinschaft (i. d. L.)
Herberge z. Heimat (Eing. Brauhausstraße.)
Mittwoch, abends 7,30 Uhr: Bibelbesprechstunde.
Volksbibliothek: Geöffnet wie bisher.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Angermann.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdst. Pastor Riem.
Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag abend 8 Uhr: Vortrag: „Die Schlacht bei Leipzig". — Pastor Naucke.
Donnerstag abend 8 Uhr: Bibelstunde. Pastor Naucke.

Evang. Mädchenbund St. Maxim.
Dienstag, abend 8 Uhr: Chorgesang, a. d. Geisel 5. Lehrer Busch. — Mittwoch abend 8 Uhr: Versammlung an der Geisel 5. — Pastor Riem.

Altenburg. Vormittags 10 Uhr: Pastor Kratzenstein
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Boit.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag abend 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag, abds. 8 Uhr: Konfirmierte Töchter im Pfarrhause.

Evangelische Kirchengemeinde Neu-Rössen.
Vorm. 10 Uhr: Pastor Jentzsch.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, abends 8 Uhr: im Kolonie-Gasthaus Kirchenchor.
Mittwoch, nachm. 5 Uhr: Choralstunde. Abends 8 Uhr: Bibelstunde.

31. Oktober: Reformations-Fest.
Vorm. 10 Uhr: Pastor Jentzsch.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Katholische Gemeinden.
Sonntag: 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 9,30 Uhr: Hochamt mit Predigt; 6 Uhr: Religiös-wissenschaftlicher Vortrag des Paters Oswald von Nell-Bräuningen S. J. über das Thema Franz von Assisi und der Weltkapitalismus.
Neurössen. Sonntag 7,30 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 2 30 Uhr: Andacht.

Geiseltal.
Raundorf. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Neubiendorf. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.
Kayna. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.
Sonntag abends 8 Uhr: Evangelisationsvortrag.
Donnerstag abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Merseburg Roßmarkt 5. — Rössen Pfalzstr. 25.
Der Fettwarenmarkt ist im ständigen Steigen. Unsere nachstehenden Preise sind noch verhältnismäßig sehr niedrig.
Pa. amerik. Schmalz p. Pfd. Mk. 1,00
„ kernig., geräuch. Speck „ „ 1,10
„ Cocosfett in Tafeln „ „ 0,70
Das allerfeinste was in Margarine „ „ 0,95
hergestellt wird, mit frischer Milch verbuttert.
frische große Landeier p. Stück „ 0,17
Butterhandlung „Zu den drei Glocken".

Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!
Strickwesten
für jeden Beruf
6.00 9.95 13.50 16.00 18.50 19.80
und höher sowie in vielen Zwischenpreislagen.
Strickjackenärmel . . . 3.50
Spezialgeschäft für Woll- u. Wirkwaren.
Sportwesten
für Damen, Herren und Kinder.
A. Henckel,
Gegr. 1828 Delgrube 29 Gegr. 1828

Schafwolle kauft dauernd zu Auktionspreisen bei sofortiger Kasse.
Tausche auch sofort gegen gute Strickwolle und prima Wolljumper, Sportjacken usw.
Felle Häute, Roßhaar aller Art kauft ständig zu höchsten Tagespreisen.
F. Herrmann, Woll- und Fellhandlung, Merseburg, Gotthardstr. 22.
Durch Telefon-Anruf 240 zu erreichen.
Verkauf von Apoldaer Wolljumpern.

Für Straßen- u. Hauskleider
empfehle solide Kleiderstoffe in Herbst- und Winter-Neuheiten
Theodor FREYTAG
Roßmarkt 1. Hinter d. Rathaus

Alt-Merseburg
10 Ansichtskarten nach Federzeichnungen von A. Weßner 1. Reihe Preis 1 Mk.
Herausgegeben vom Verein für Heimatkunde zu Merseburg.
Zu haben in der Geschäftsstelle Hälterstraße 4 und in der Filiale Gotthardtstr. 38

Laden
in Merseburg
zu mieten gesucht.
Offerten unter 299/24 an die Expedition dieses Blattes.

Handschuhe
für Damen, Herren u. Kinder
Trikot-, Strickhandschuhe
Glacé-, Nappa-, Wildleder-
— Autohandschuhe —
mit Woll- und Pelzfutter in prima Qualitäten
größte Auswahl. — Verschied. Preise.
J. G. Knauth & Sohn

Alle Sorten Därme
zum Hausschlachten
empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Bernh. Ciesiolka,
Fischerstr. Merseburg Schlachthof
Daselbst Einkauf von rohen Saitlingen zu den höchsten Tagespreisen.

Ich bemerke nachdrücklich:
Alle Damen und Herren übergeben
Umpress-Hüte
zur fachmännischen Neuaufarbeitung auf letzte Mode-Formen der Stroh- und Filzhut-Fabrik
Franz Zenk
Halle (Saale), Kleiner Berlin 1—2.
Fabrikniederlagen: Leipziger Str., Ecke Poststr. 1, Merseburger Str. 161 an der Königstr. und Große Klausstr. 1, neben der Ratsschenke.
Gegründet 1910.

Empfehle preiswert in guter Qualität:
Reform-Schlupf-Hosen
für Damen und Kinder in allen Größen, auch extraweit, d'blau, grau und normalfarbig.
Küblers gestrickte Reform-Hosen für Damen und Mädchen
Ferner sämtliche mod. u. praktische Wollwaren.
A. Henckel, Delgrube 29 Fernspr. 645.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241024-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 251 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 24. Oktober 1924.

Keine Umnebelungen!

Merseburg, den 24. Oktober.

Von der linksgerichteten Presse, zu der selbstverständlich auch die demokratischen Zeitungen zählen, wird seit dem Tage der Reichstagsauflösung in stereotyper Wiederholung eine Legende für den Wahlkampf verbreitet. Man erzählt nämlich den Lesern, die allmählich beginnende Räumung kleiner Gebietsteile durch die Franzosen sei ein Erfolg der demokratischen Politik. Diese Räumung würde bei der Bildung einer Regierung, in der ein paar deutschnationale Minister sitzen, in Frage gestellt. Wir wissen nicht, ob die Demokraten derartige Informationen von den Franzosen erhalten haben, aber das wissen wir, daß von den Deutschnationalen nicht beabsichtigt war und ist, die Londoner Abmachungen, in deren Komplex von Bedingungen die Räumung des widerrechtlich besetzten Gebietes von den Franzosen doch gefordert wird, derart zu sabotieren, daß den Franzosen das Verbleiben erlaubt geblieben wäre. Zunächst steht einmal fest, daß die Räumung dieser Gebiete keine Frage der französischen Loyalität, sondern eine zwingende Bedingung für unsere Anerkennung des Londoner Abkommens ist. Was die Demokraten und die mit ihnen verbrüderten Sozialdemokraten fürchten, das ist, es könnte eine Regierung mit deutschnationalem Einfluß, anstatt alles dem guten Willen Herriots zu überlassen, fordern, daß französischerseits die Londoner Abmachungen nicht dauernd sabotiert werden. Nehmen wir z. B. einmal die Räumung Dortmunds, die nun endlich erfolgt ist. Bereits am 16. August gab der französische Ministerpräsident Herriot die schriftliche Erklärung ab, daß er sofort nach endgültiger Unterzeichnung des Londoner Protokolls den Befehl zur Räumung Dortmunds und seines Gebietes erteilen würde. Ist es nun eine „Bewährung" deutscher Außenpolitik nach demokratischen Intentionen, daß Deutschland ruhig den Wortbruch der Franzosen einzustecken hatte, obwohl wir die Räumung schon vor einigen Monaten zu fordern hatten? Und haben wir nicht noch mehr zu fordern? Herriot räumt nur ein paar vorgeschobene Vorpostenstellungen, um für sich und seine Politik Stimmung zu machen. Noch hat er aber den Beweis nicht erbracht, daß ihm an einer Verständigung mit Deutschland wirklich gelegen ist. Warum räumt er nicht das gesamte Ruhrgebiet, was doch vor noch nicht langer Zeit selbst von Demokraten in Deutschland als Vorbedingung für den Abschluß des Londoner Paktes bezeichnet wurde? Warum gibt er keine bündige Erklärung über die Innehaltung der Räumungsfristen des Rheinlandes ab? Warum schmachten noch immer Deutsche in den französischen Gefängnissen? Warum können noch immer einzelne Ausgewiesene nicht zurückkehren?

Wir fragen die Demokraten, die jetzt nur noch außenpolitisch versiert sind: verstehen sie das als eine Zerschlagung der von Marx verfolgten Außenpolitik, wenn eine deutschnational „belastete" Regierung solche Selbstverständlichkeiten fordert, fordert mit dem guten Recht eines Volkes, daß eine Erfüllung der Londoner Abmachungen von allen beteiligten Kontrahenten erwartet?

Nun wird man sagen, die Londoner Abmachungen selber sind lediglich das Produkt der Außenpolitik, wie sie die Demokraten wünschen. Es wäre politische Beschränktheit, wollte man derartiges behaupten. Um den Demokraten zu einer Wahlparole zu verhelfen, hat Amerika nicht in die europäische Politik eingegriffen, hat die englische Regierung nicht die Sanierung Deutschlands so dringend vertreten und hat Frankreich nicht den Dawes-Plan theoretisch anerkannt. Für Amerika und England war die Gorge um den drohenden Untergang der deutschen wirtschaftlichen Kapazität maßgebend, denn die Besetzung des Ruhrgebiets hatte diese Möglichkeit heraufbeschworen. In England unterschätzte man diese Gefahr für die gesamte Weltwirtschaft nicht und betrieb deshalb mit Eifer die Londoner Lösung. Und Frankreich? Als Herriot nach den Londoner Verhandlungen seine Haltung in London verteidigte, ließ er, leider viel zu wenig beachtet, die Katze aus dem Sack. Er erklärte nämlich dem Sinne nach: Die Zustimmung zum Dawes-Plan lag im Interesse Frankreichs, denn ohne die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Ruhrgebiets durch die Auslandsanleihen ist die Besetzung unrentabel! Wir haben alle Ursache, den Franzosen gegenüber mißtrauisch zu sein und meinen, die Franzosen haben an einem „sanierten" Ruhrgebiet mehr Gefallen, als daß sie es nun endlich hergeben. Da läge es ja nun in der Linie demokratischer Außenpolitik, auf die große Gefälligkeit der Franzosen, ihren Raub wieder herauszurücken, geduldig zu warten. Deutschland kann ja inzwischen seine Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen. Da denken wir anders drüber. Gewiß, eine zwangsläufige Einwirkung auf unsere Außenpolitik ist unverkennbar, denn neben dem Londoner Abkommen steht noch immer das Versailler Diktat. Aber was außer den Demokraten deutsche Männer bei den kommenden Wahlen erreichen möchten, ist eine Regierung, die den schikanösen Extratouren Frankreichs ein Ende macht. Das bleibt natürlich Erfüllungspolitik, aber eine solche befindet sich nicht in französischer Hörigkeit.

Die Anleihe und die internationale Pumpfreudigkeit gegenüber Deutschland sind keine Belohnungen für „bewährte demokratische Außenpolitik", sondern entspringen der glänzenden Beschaffenheit internationaler Bankiers-pürnasen für ein unvergleichlich profitables Geschäft. Es anders darzustellen angesichts der bekannten Bedingungen der Anleihe, ist Demagogie.

Mit einer Aengstlichkeit, die tief blicken läßt, schiebt die sozialistisch-demokratische Presse nur die außenpolitischen Probleme in die Diskussion der Wahlziele. Ganz erklärlich. Der beste Schönredner demokratischer Schule käme eben bei einer innerpolitischen Betrachtung nicht über die Berge von Unrat hinweg, die der sozialistisch-demokratische Einfluß auf die politische, wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung unseres Staatsbürgerlebens hineingetragen hat. Deshalb werden innerpolitische Dinge nicht angeschnitten, wird ihre Wichtigkeit abgeleugnet, man begnügt sich mit Legendenbildung über die Außenpolitik. Sollten die Wahlen einen neuen Kurs in Deutschland ermöglichen, dann wird es sich zeigen, wie sehr wichtig auch eine reinigende Behandlung der Innenpolitik ist. Deshalb muß jeder Wähler dazu beitragen, eine Kursänderung herbeizuführen.

Z.

Der Prozeß gegen „O C".

Die Verhandlungen am Mittwoch.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit wird am Nachmittag mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren und als zweiter Angeklagter der Student Kautter aus Mannheim vernommen. Dieser schildert, wie er in München mit Ehrhardt in Verbindung gekommen sei. Er habe Ehrhardt zufällig auf der Straße getroffen und ihm mitgeteilt, daß er seinen Abschied eingereicht habe. Nach einer kurzen Auseinandersetzung über das Zustandekommen des Namens „Organisation Consul" geht der Vorsitzende dann eingehend auf die eigentlichen Satzungen ein, worüber sich eine lange Kontroverse zwischen dem Vorsitzenden, der Verteidigung und einigen Angeklagten entspinnt. Rechtsanwalt Luetgebrune erklärt nach langem Hin und Her, daß die endgültige Form der Satzungen erst am 15. September 1921 festgelegt werden sollte, und behält sich vor, Zeugenvernehmungen zu beantragen. Angeklagter Hoffmann gibt auf Befragen des Rechtsanwalts Melzer an, daß vor dem 15. September eine Organisation Consul nicht bestanden habe. Der Vorsitzende nimmt den Standpunkt ein, daß die Satzungen bereits feststanden, und auch die Besitzer Wissell und Reichskanzler a. D. Fehrenbach suchen durch Fragen an die Angeklagten in dieser Richtung Feststellungen zu machen. Das Ziel der ganzen Auseinandersetzung zwischen Richtertisch und Verteidigung geht dahin, klarzustellen, daß die auf die innere Politik bezüglichen, in dem Satzungsentwurf aufgestellten Richtlinien erst dann in Wirkung treten sollten, wenn die eigentliche Aufgabe, die auf militärischem Gebiet liegt, erfüllt bzw. aufgegeben war. Der Oberreichsanwalt erklärt, daß es im wesentlichen doch darauf ankommt, ob eine Organisation bestanden hat, und erklärt, daß daran doch wohl kein Zweifel sei. Es trat sodann eine kurze Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung kam der Präsident eingehend auf die Beziehungen der Erzbergermörder Schulz und Tillessen zur Organisation C zu sprechen. Schulz und Tillessen arbeiteten unter Leitung Killingers. Der Verdacht habe sich damals auch auf Killinger gerichtet, der jedoch in dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren freigesprochen wurde. Nachdem verschiedene Schreiben zur Verlesung gebracht worden waren, die aus den Reihen der O. C. stammten und die sich besonders mit der finanziellen Unterstützung der Organisation beschäftigten, gab der Angeklagte Killinger die Erklärung ab, daß die Schreiben tatsächlich aus seiner Abteilung stammten. Der Vorsitzende stellte dann fest, daß die Ansicht, daß die Organisation C an dem Morde Erzbergers beteiligt gewesen zu sein schien, nicht aufrechterhalten werden konnte, und daß sich nunmehr die Untersuchung auf das Vergehen der Geheimbündelei erstreckt. Nach Erledigung einiger Unklarheiten wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Der Bericht vom Donnerstag siehe Hauptblatt S. 2.

Verstärkte Wahlagitation der Arbeiterpartei.

London, 23. Oktober. Die in verschiedenen Wahlkreisen vorherrschende ungünstige Stimmung für die Arbeiterpartei hat diese veranlaßt, ihre Agitationstätigkeit erheblich zu verstärken. Sämtliche bedeutenderen Mitglieder der Arbeiterpartei sind unermüdlich in den verschiedenen Wahlkreisen unterwegs und führen die schwersten Geschütze zugunsten ihrer Partei ins Feld. Macdonald drückte sein Bedauern aus, daß er gezwungen gewesen sei, seinen eigenen Wahlkreis zu vernachlässigen, weil er während seiner Reise durch Nord- und Mittel-England nicht weniger als in neunzig Versammlungen teilgenommen habe. Er habe in zehn Tagen 107 Meilen zurücklegen müssen. Diese erhöhte Tätigkeit der Arbeiterpartei, so erklärte Macdonald, habe Anlaß zu einer gewissen Mißstimmung bei den gegnerischen Parteien gegeben.

In einem an alle Kandidaten der Arbeiterpartei gerichteten Wahlaufruf teilt Macdonald mit, daß der Wahlkampf für die Arbeiterpartei trotz der unerwartet starken Opposition seitens anderer Parteien einen ganz vorzüglichen Fortgang nehme. Trotz dieser optimistischen Mitteilung hat er doch bei verschiedenen Wahlkreisen, besonders Südwales, erhebliche Bedenken. Es sind dies die Wahlkreise, in denen die Arbeiterpartei schwere Kämpfe mit den sich gegenseitig unterstützenden Oppositionsparteien zu führen hat.

Zwei neue Anerkennungen Sowjetrußlands.

Die französische Regierung vollzieht ihre de jure Anerkennung Sowjetrußlands mit offensichtlicher Eile. Der Entschluß des Pariser Kabinetts ist am Dienstag, wenige Stunden nach Fertigstellung des Berichtes der Kommission de Monzie, telegraphisch nach Moskau übermittelt worden. Rußland selbst hat die Anerkennung erwartet. Glaubt man aber den Worten Tschitscherins, so ist sie nur in Verbindung mit der Streichung der Zarenschulden von Bedeutung. Die französische Regierung bezeichnet die alten Verträge aber als neu bestätigt, nur ihre Durchführung werde zeitweilig ausgesetzt. Die Eigentumsrechte französischer Bürger werden nicht aufgegeben. Gleichzeitig wird Moskau um Entsendung von Vertretern zur Revision der alten Staatsverträge gebeten. Die eilige de jure Anerkennung erleichtert Frankreich das Zusammengehen mit Rußland in China, wo es sich bei einem alleinigen Vordringen Rußlands namentlich von der Mandschurei her bedroht fühlen würde.

Eine weitere Meldung teilt die gegenseitige Anerkennung Rußlands und Albaniens mit.

Die Redner des Reichstags.

Der Reichstag hat in seiner kaum sechsmonatigen Wahldauer im ganzen nur 29 Vollsitzungen abgehalten. In diesen Sitzungen hat der Führer der kleinsten Gruppe, die nur 2 Mitglieder besaß, der deutschsozziale Abg. Richard Kunze, die meisten Reden gehalten, er hat nicht weniger als neunmal gesprochen. Ihm folgen dann zunächst die Abg. Löbe (Soz.) Koenen (Komm.) und v. Graefe (Nat.-Soz.) mit acht Reden, die Abg. Schultz-Bromberg (Dntl.), Dr. Frick (Nat.-Soz.) und Katz (Komm.) mit sieben Reden, die Abg. Fehrenbach (Ztr.), Brodauf (Dem.), Scholem (Komm.) und Graf Reventlow (Nat.-Soz.) mit sechs Reden. Von den 470 Abgeordneten haben 320 im Plenum überhaupt nicht gesprochen, darunter z. B. die Abg. Fürst Bismarck, Tirpitz (Dntl.) und Ludendorff (Nat.-Soz.). Reichskanzler Marx hat im Reichstag sechsmal das Wort ergriffen, Dr. Stresemann dreimal.

Der Herr aus Java.

Roman von L. vom Vogelsberg.

[42 Nachdruck verboten!

Als er Maria lachend ansah, wurde er betroffen von dem seltsamen Blick. Er wußte ihn nicht zu deuten. Mit einer eigentümlichen lässigen Handbewegung reichte sie ihm die Hand. „Vielen Dank für alles."

„Das klingt ja fast wie ein Abschied", meinte er. Es sollte ein Scherz sein, aber das Wesen des Mädchens berührte ihn auf einmal sonderbar.

Sie nickte mit einem müden Lächeln. „Man soll nicht prophezeien . . . ."

„Darf ich wenigstens hoffen, daß wieder einmal ein günstiger Stern Sie hier vorbeiführen wird?"

Sie schwieg und sah verloren auf die in der Spätnachmittagsonne liegende Landstraße hinaus. Da faßte er noch einmal ihre Hand und sagte weich: „Ich will Ihnen kein Versprechen abnehmen, Fräulein Maria, aber ich suche die Gesellschaft eines lieben Menschen. Vielleicht sagt Ihnen ihr gutes Herz, wann Sie an meinem Hause vorbeigehen sollen."

Er nickte den beiden Mädchen zu. Fann winkte mit der Hand. Dann verschwanden sie durch das Tor.

Gerhart Hardesvogt ging in das Zimmer zurück und ließ die Früchte wieder abtragen, verbot aber, daß Pali Hand an die Decken des Divans legte. Es sollte alles liegen bleiben, wie es lag, bis Maria wiederkam. Ihm schien es sogar eine Entweihung, wenn er selbst mit den Händen sie berührt hätte. Ob sie wiederkam? So seltsam war sie gewesen beim Abschied. Der Kobold in ihm grinste wieder geheimnisvoll.

An diesem Abend wollte Gerhart nicht ausgehen. Das Haus schien noch erfüllt von dem feinen Duft, der von Maria ausging. Und es kam ihm zum Bewußtsein, wie er an sich gehalten hatte. Er wußte, daß Maria nicht zu denen gehörte, die schönen Worten zugänglich sind. Und wußte ferner, daß sie eine von jenen Frauen war, die dem Mann ganz gehören, den sie einmal erwählt haben. Er zitterte fast bei diesem Gedanken, und er war traurig, daß er im Zweifel sein mußte.

Aus den Schränken holte er seine Mappen und Tagebücher und begann darin zu blättern. Sie waren ihm jetzt doppelt lieb, nachdem er zu Maria davon gesprochen hatte. Und ab und zu glitt ein Blick nach dem Diwan hinüber, auf dem sich die dünne Decke noch bauschte, als läge der schlanke Leib des Mädchens darunter.

18.

Karl Theodor Kurator hatte wirklich mit seinem seitherigen Leben gebrochen. Er war, wenn auch nicht ganz, so doch ziemlich in das Gegenteil verkehrt. Und auch hier war er, wie das seine Art war, teilweise wieder ins Extrem geschlagen.

Er fühlte einen starken Rückhalt an dem wiedergewonnenen Vermögen, doch er verhehlte sich auch nicht, daß diese mit der auf den Namen Krause lautenden Hypothek stand und fiel. Es war ihm trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, festzustellen, wer als Geldgeber dahinterstecke. Tröstlich war für ihn aber die Ueberzeugung, daß der Unbekannte es getan hatte, um ihm zu helfen, und daß er ihn jetzt sicher nicht zu Fall bringen würde. In wenigen Jahren würde er die Summe ohnehin ablösen können.

Als Maria zurückkehrte, traf sie ihren Vater nicht mehr an. Er kannte seine Wutanfälle und hütete sich in der letzten Zeit, sie Herr über sich werden zu lassen. Er hatte Maria bei dem Assessor Schwartenbach in aller Form entschuldigt und noch am selben Mittag eine Geschäftsreise angetreten, um seinen Aerger verrauchen zu lassen.

Die beiden Mädchen fanden leere Zimmer. Kurz entschlossen riet Fann, wieder zu Gerhart Hardesvogt zu gehen, sie würden dort sicher mit offenen Armen aufgenommen werden. Aber Maria schüttelte stumm den Kopf. Der seltsame Zug war in ihrem Gesicht stehengeblieben und wich auch am folgenden Tage nicht.

An dem Abend dieses Tages ging Gerhart durch die Gassen. Es war eine sonst fremde Unruhe in ihm, seitdem Maria bei ihm gewesen war, das fatale Gefühl, als habe er wieder eine Dummheit gemacht und das Mädchen stehe ihm jetzt ferner als je.

Es hatte am Mittag geregnet, und der Himmel war mit rasch ziehenden Wolken bedeckt. Eine schwere dunstige Luft lag in den Gassen, untermischt mit dem Odem der getränkten Erde und allerlei Düften, die mehr landwirtschaftlichen Ursprungs waren und die bei dem feuchten Wetter so recht zur Geltung kommen konnten.

Gerhart strich durch die am Berghang entlang führende Quergasse. Aus dem einen der Häuser — es gehörte dem Bäckermeister Weckner — drang der angenehme Duft frischen Backwerks. Das Haus war ein alter Kasten, vor dem er schon öfter stehengeblieben war. Ein wunderliches Gewinkel von kleinstädtischem Barock und Rokoko mit Empire und Biedermeier. Das Kuriöseste aber war die Art der Baukonstruktion. Das Bäckerhaus sah ganz stattlich aus und hätte eigentlich mit dem Seitenbau verbunden sein sollen. Aber dieser stand um einige Meter zurück und war von dem Wohnhaus durch einen meterbreiten, schluchtartigen Winkel getrennt. Dieser Winkel aber bildete einen beliebten Ausflugsort der Jugend Gelzigs, die von der unteren Straße her die mehrere Meter hohe Futtermauer hinauflklomm und als deus ex machina zum halben Vergnügen des gutmütigen Meisters oben erschien.

Eine Besonderheit hatte dieser Winkel noch. Vom Seitenbau ging nämlich ein Fenster zu ihm hinaus, und diese Fensterwand war merkwürdigerweise von unten bis oben mit Spalierlatten benagelt. Das Fenster aber gehörte zur Kemenate der Nelle, des dienstbaren Geistes Weckners.

Nelle hatte ihre Verehrer. Sie war ein strammer, fester Kerl, gutmütig, aber mit dem Schnabel rasch dabei. Sie war recht hübsch mit ihren schwarzen, vergnügten Augen, und es gab manche, die sich ihrer besonderen Gunst zu rühmen vermaßen.

Diese Dinge waren Gerhart so allgemach bekannt geworden, ohne daß er sie besonders beachtet hätte. Es schlug gerade halb elf, als er vor dem Hause des Bäckermeisters anlangte. Der Wind hatte für einen Augenblick die Wolkenfetzen vom Mond fortgetrieben, und Gerhart machte es Vergnügen, das alte Gerümpel in der Theaterbeleuchtung zu betrachten. Er stand im Schatten des Pfeilers der gegenüberliegenden Futtermauer und wartete, bis der große Scheinwerfer Mond in Tätigkeit trat. Er wartete auf noch etwas.

Hatte es ihm schon beim erstenmal geschienen, als hinge ein Mensch mit gespreizten Beinen in dem Winkel, so wurde es ihm jetzt zur Gewißheit. Und gleichzeitig war es ihm, als höre er das leise Klirren eines Fensters. Ihm schoß der Gedanke durch den Kopf, daß es wohl ein Galan der Nelle sein könnte; aber in Anbetracht der Weichmütigkeit des Küchendragoners wäre doch dieser Weg für einen bevorzugten Liebhaber überflüssig gewesen. Und weniger Bevorzugte kannte die Nelle eigentlich nicht, denn wer einmal eine Abfuhr von ihr erhalten hatte, der schrieb sie sich hinter die Ohren.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241024-18/fragment/page=0005

Politische Rundschau

Das Hochverratsverfahren gegen Herrn v. Graefe.

Das Hochverratsverfahren gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe-Goldebec, das gegen ihn wegen Verdachts der Teilnahme am Hitler-Putsch eingeleitet worden war, scheint jetzt wieder in Fluß zu kommen, nachdem es eine Zeitlang geruht hatte. Wie wir erfahren, haben in den letzten Tagen in München sehr eingehende Vernehmungen in dieser Angelegenheit stattgefunden. Es ist damit zu rechnen, daß die Voruntersuchung demnächst abgeschlossen und das Ergebnis dem Oberreichsanwalt zur Entscheidung darüber übermittelt werden wird, ob gegen Herrn v. Graefe das Hauptverfahren wegen Hochverrats eröffnet werden wird.

Einstellung schwebender Verfahren vom Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof hat gegen 46 Angeschuldigte das anhängige Verfahren durch Beschluß eingestellt. Unter den 46 Angeschuldigten befinden sich auch die aus dem Erzberger- und Rathenau-Prozeß bekannten Günther, Tillesen und Techow, sowie die im Scheidemann-Prozeß genannten Huster und Oehlschläger, was dafür spricht, daß die Organisation Consul mit diesen Verbrechen nichts zu tun hat. Weiter ist das Verfahren gegen Ehrhardt und Liedig ausgesetzt worden, weil diese beiden Personen flüchtig sind.

Reichsregierung und Umbildung der Deutschen Rentenbank.

Die neuen Satzungen der Deutschen Rentenbank sind am 21. Oktober von der Reichsregierung genehmigt worden. Die Vertreter von Industrie, Banken, Gewerbe und Handel scheiden damit demnächst aus dem Aufsichtsrat und dem Verwaltungsrate der Deutschen Rentenbank aus. Letzterer beruft zum 11. November eine Generalversammlung der verbleibenden landwirtschaftlichen Anteilzeichner ein. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Aufsichtsrates der umgestalteten deutschen Rentenbank. Gleichzeitig wird eine Beschlußfassung der G.-V. über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt herbeigeführt werden.

Amtliche Bedenken gegen Plucinskis Ernennung.

Als Vorsitzender für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist von der Warschauer Regierung Plucinski ausersehen worden. Diese Meldung hat in Berliner amtlichen Stellen große Ueberraschung hervorgerufen. Plucinski war Bevollmächtigter bei den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage des Staatsvertrages und der Option. Er gehört der posenschen Nationaldemokratie an. Ernennung würde beweisen, daß die Warschauer Regierung die deutsch-polnischen Besprechungen immer noch unter dem Gesichtswinkel des posenschen Nationalismus ansieht. Eine Förderung der Verhandlungen könnte man sich von seiner Ernennung kaum versprechen.

Belgien unterzeichnet das Genfer Protokoll.

Wie die Pariser Zeitung „Petit Parisien" aus Brüssel mitteilt, hat der belgische Ministerrat die Haltung der belgischen Delegation in Genf gebilligt und den belgischen Gesandten in Bern angewiesen, im Namen der belgischen Regierung das Schlußprotokoll in der Schiedsspruchfrage zu unterzeichnen.

Die Pariser Liga für Menschenrechte fordert Oeffnung der Archive.

Viktor Margueritte tritt in der „Ere Nouvelle" vom 22. Oktober energisch für die Oeffnung der Archive ein, für die die Liga für Menschenrechte jüngst in einem Briefe an Herriot eingetreten sei. Dieses Ersuchen der Liga sei begründet, denn die meisten Franzosen hätten weder die deutschen Dokumente, noch das Schwarzbuch der Sowjets gelesen. Oeffnet die Archive — so ruft Marguerite aus — in denen die Korrespondenzen von Delcasse und Paleologne schlummern.

Chinas Antwort an Japan.

Dem „Journal des Debats" zufolge antwortete die Regierung von Peking auf das japanische Memorandum vom 15. Oktober betreffend die Sicherheit der Japaner und ihres Eigentums in China, sie werde alle Anstrengungen machen, um das Leben und Eigentum der Angehörigen aller Mächte, die mit China freundschaftliche Beziehungen unterhalten, zu schützen. Gleichzeitig empfiehlt sie, die japanische Regierung möge allen Personen, die in den betreffenden Gebieten wohnten, Zurückhaltung und gemäßigtes Benehmen anraten.

Griechisch-albanische Grenzregulierung.

Die griechische Regierung hat unwiderruflich beschlossen, bis zum 31. Oktober in Nord-Epirus 14 Ortschaften zu räumen, die vom Völkerbund der Albanischen Republik zugesprochen sind.

Die Kämpfe in Marokko.

Der Marokko-Korrespondent des Madrider Blattes „ABC" teilt mit, daß die große militärische Bewegung im Tetuan-Gebiet vorläufig aufgeschoben sei und das Interesse jetzt auf die Larrasch-Zone konzentriert sei.

Rückkehr des Aschanti-Häuptlings.

Der letzte König von Aschanti, den die englische Regierung im Jahre 1898 nach den Seyschellen verbannt hatte, darf jetzt wieder nach der britischen Kolonie Aschanti zurückkehren und ist auf dem Wege dorthin in Gibraltar angekommen. Das Land der Aschanti liegt an der westafrikanischen Goldküste und ist seit 1900 britischer Besitz.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Mücheln, 23. Oktober. (Denkmalsweihe.) Unter gütiger Mitwirkung der hiesigen Bürgerschaft ist es dem Landwehr-Verein Mücheln gelungen, ein Denkmal für unsere Gefallenen zu errichten. Es war in Aussicht genommen, die Weihefeier kommenden Sonntag vorzunehmen, jedoch hat sich eine Verschiebung derselben notwendig gemacht, so daß diese nunmehr bestimmt am Sonntag, den 2. November d. J., stattfindet. Geplant ist eine schlichte Feier im Anschluß an den Vormittagsgottesdienst, zu deren Teilnahme die städtischen Körperschaften und örtlichen Vereine eingeladen werden sollen.

Querfurt, 23. Oktober. (Autounfall.) Infolge Versagens der Bremse fuhr ein Lastauto einer hiesigen Firma in einen Straßengraben. Das Auto wurde ziemlich schwer beschädigt. Verletzt wurde jedoch niemand.

Worbis, 23. Oktober. (Erschossen.) Nach einem Streit mit seiner Braut ging der Sohn des Landwirts Hausen in den nahen Wald und erschoß sich.

Schkeuditz, 23. Oktober. (Kaninchenausstellung.) Vom 6. bis 8. Dezember veranstaltet der hiesige Kaninchenzüchter-Verein seine 7. große Kaninchenausstellung. Die Ausstellung, mit der eine Prämiierung und Verlosung der ausgestellten Tiere verbunden ist, findet in der städtischen Turnhalle im Schießgraben statt.

Hettstedt, 23. Oktober. (Der Jungdeutsche Orden im Dienste der Nächstenliebe.) Die Gefolgschaften Hettstedt und Burgörner des Jungdeutschen Ordens veranstalten in dieser Woche eine Sachwertsammlung zugunsten der Armen und Alten beider Orte. Die erste Sammlung am vergangenen Sonntag hatte ein sehr erfreuliches Ergebnis; eine große Menge Kleidungsstücke, Schuhwerk, Lebensmittel und auch Geld wurde von freundlichen Gebern den Ordensbrüdern zur Verfügung gestellt. Die gesammelten Gaben werden an die betr. Gemeindebehörden abgeführt, diese nehmen dann die Verteilung vor. Die Sammlung wird bis nächsten Sonntag fortgesetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

n. **Merseburg,** 23. Oktober.

Der Privatmann Arthur Sch. von hier hatte Einspruch gegen die ihm zugestellte polizeiliche Strafverfügung erhoben, wonach er am 16. August 1924 die Straße nicht vorschriftsmäßig hatte reinigen lassen. Das Gericht beschloß, die Sache bis zum Eingang der Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg über einen ähnlichen Fall auszusetzen.

Der Arbeiter Richard Robert G. aus Halle hatte Einspruch gegen eine Strafverfügung eingelegt, die ihn beschuldigte, am 10. August d. J. auf der Straße zwischen Schkopau und Ammendorf entgegen den darüber bestehenden Verboten einen geschlossenen Aufzug des roten Frontkämpferbundes geführt zu haben. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von 30 G.-M. bzw. auf 6 Tage Haft.

Die Strafsache gegen den nicht anwesenden Angeklagten Hermann Sch., der am 16. Juni 1924 einen Kraftwagen ohne Führerschein gefahren haben sollte, wurde zwecks kommissarischer Vernehmung des Angeklagten vertagt.

Der Kraftwagenführer Ernst St. aus Ammendorf hatte Einspruch gegen einen Strafbefehl erhoben, der ihn beschuldigte, am 17. August 1924 gegen 1/2 10 Uhr abends die Weißenfelser Straße hier mit stark wirkendem Scheinwerfer befahren zu haben. Das Gericht bestätigte die Polizeistrafe in Höhe von 10 G.-M. bzw. 2 Tagen Haft.

Der Mechaniker Fritz Sch. aus Corbetha hatte im September 1923 Schecks von dem Kaufmann P. in Nordhausen in Zahlung genommen, ohne die von diesem gekauften Autoersatzteile vollzählig zu liefern. Er wurde kostenpflichtig zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Arbeiter Hermann G. aus Halle hatte im November 1922 aus den hiesigen Blanckewerken 7 1/2 Kilo Rotguß gestohlen und durch den inzwischen wegen Hehlerei abgeurteilten Gärtner Johannes H. aus Halle verkaufen lassen. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen.

Der Arbeiter Paul E. und seine Ehefrau Martha standen unter der Anklage, die Witwe K., Mutter der Angeklagten, im Jahre 1924 wiederholt körperlich mißhandelt zu haben. Das Gericht verurteilte sie zu je 2 Wochen Gefängnis.

Der Dachdeckermeister Paul H. aus Lützen war angeklagt worden, weil er im Mai 1924 gelegentlich eines Kaufs von zehn Kochherden das Vermögen der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft" in Leuna um 180 Mk. geschädigt hatte. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen.

Die Ehefrau Emma R. aus Oberbeuna hatte gegen die Ehefrau Ida F. aus Oberbeuna Privatklage angestrengt, weil diese sie am 3. Juli d. J. körperlich mißhandelt hatte. Die Angeklagte wurde zu 20 G.-M. Geldstrafe verurteilt.

Das Verfahren in der Privatklage des Arbeiters Albin L. gegen den Arbeiter Karl Sch. wurde, da der vorschriftsmäßig geladene Kläger nicht erschienen war, auf seine Kosten eingestellt. Das Gericht beschloß ferner, von der nicht anwesenden Zeugin, der Witwe B., eine Ordnungsstrafe in Höhe von 10 G.-M. zu erheben.

Bunte Zeitung.

Der historische Ring Jules Favres. Clemenceau hat jetzt den Ring, den Jules Favre beim Waffenstillstand im Jahre 1871 trug, dem Museum Jean Moudon in Versailles geschenkt. Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes hatte Jules Favre erklärt, daß das französische Staatssiegel in Paris zurückgeblieben sei. Bismarck hatte sich darauf mit einem persönlichen Petschaft des französischen Unterhändlers zufriedengegeben. Das Petschaft war der Ring, der jetzt dem Museum geschenkt wurde. Clemenceau hatte ihn dann demonstrativ bei der Unterzeichnung des Versailler „Vertrags" im Juni 1919 getragen. Der Magistrat von Versailles ließ den Ring neben die Feder und das Tintenfaß legen, die ebenfalls bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags verwandt wurden.

Das Ende der Visitenkarte? In Amerika beabsichtigt man, die Visitenkarte gänzlich abzuschaffen. Nur als Geschäftskarte für den Handlungsreisenden soll sie bestehen bleiben. Damit würde ein Jahrtausende alter Brauch seinem Ende entgegengehen, denn schon die Chinesen kannten die Besuchskarte, die in Europa freilich erst in der Renaissancezeit Mode wurde. Die ältesten europäischen Visitenkarten stammen aus Venedig; sie sind kunstvoll ausgeführte Bilderkarten, meist mit Ansichten Venedigs, der Name des Trägers wurde handschriftlich in einen freigelassenen Raum eingetragen. Besonderen Kunstwert besitzen die Visitenkarten des 18. Jahrhunderts, wo dieser Brauch auch in bürgerlichen Kreisen immer mehr Verbreitung findet. Die Karten des 18. Jahrhunderts sind oft ganz entzückende Kupferstiche mit Vignetten, Schäferszenen, mythologischen Darstellungen usw. Name und Titel wurden bereits vom Kupferstecher eingefügt.

Der geohrfeigte Graf. Ein aufsehenerregender Zwischenfall hat sich in Budapest auf dem Donaukorridor vor dem Hotel „Hungaria" ereignet. Der gewesene Kämmerer und Husarenrittmeister Graf Karl Lanyay rief dem Feldmarschalleutnant Graf Herberstein zu: „Du Schuft, du wirst nicht mehr Dokumente fälschen für Geld!" Herberstein hob sofort seinen Stock, um Lonyay zu züchtigen, doch dieser kam ihm zuvor und schlug ihn mit der Hand ins Gesicht. Herberstein ging, um einen großen Skandal zu vermeiden, in das Hotel zurück. Die Affäre geht auf vier Jahre zurück, als Lonyay eine richterliche Angelegenheit mit dem Grafen Orssich hatte und in Zusammenhang damit aus dem Wiener Jockeyklub ausgeschlossen wurde. Lonyay hat damals das Vorgehen des Klubs für beleidigend angesehen, und seinen Ehrenhandel durch acht Herrn prüfen lassen, die ihn dann rechtfertigten. Graf Herberstein hatte vor wenigen Monaten bereits in Wien einen ähnlichen Zusammenstoß. Damals schlug ihn vor dem Hotel Sacher der Graf Adalbert Sternburg ins Gesicht. Auch Sternburg war aus dem Wiener Jockeyklub ausgeschlossen worden und machte dafür Herberstein verantwortlich.

Die schöne „Holländerin". Dolores van Hamel, die jung, schön und elegant war, hatte als Holländerin, die von Paris nach Genf kam und in einem feinen Hotel abstieg, bald Zutritt zur guten Gesellschaft dieser Stadt, um so mehr, als sie das Gerücht verbreitete, daß sie eine Erbschaft von 43 Millionen Dollar zu erwarten habe. Um diese Erbschaft zu erheben, wollte sie, nachdem sie majorenn geworden, sich nach Amerika begeben, trotz des Widerspruches der Eltern, die sie zwingen wollten, einen amerikanischen Kapitän zu heiraten, für den sie keine Sympathie empfand. Sie vertraute ihre Schwierigkeiten einem bekannten höheren Beamten an, der in den Genfer Salons sehr angesehen ist und der ihr Hilfe und Rat versprach und sich bald mit der jungen Dame verlobte. Die reiche Erbin wohnte bei den Eltern ihres Verlobten, mißbrauchte aber deren Vertrauen, sowie das der Lieferanten. Da die Heirat als bevorstehend galt, sowie das Gerücht der fabelhaften Erbschaft geglaubt wurde, konnte die Hochstaplerin eine Besitzung im Werte von einer halben Million Franks, sowie Kleider, Möbel, Teppiche über 250 000 Francs erwerben, ungerechnet die Schmucksachen, die sie sich zu erschwindeln wußte. Ihr Schwiegervater gab ihr außerdem ein großes Darlehn in bar. Als nun die „amerikanische Milliardärin" nach Amerika abreisen wollte, hatte plötzlich die Polizei den Einfall, sich für ihre Herkunft zu interessieren, und es ergab sich, daß sie weder Holländerin noch Erbin, sondern daß sie in dem benachbarten Soletta geboren ist und Sofie Kaufmann heißt. Sie war Dienstmädchen in der Schweiz und auch bei einer amerikanischen Familie in Paris, wo sie, wie auch in anderen französischen Städten, zahlreiche Betrügereien beging. Die Genfer Sicherheitspolizei hat, nach der „Frankf. Ztg.", daraufhin die Dame in Haft genommen.

Ein Zigeunerbegräbnis. Vor einigen Tagen fand in London das Begräbnis einer dreiundsiebzigjährigen Zigeunerin namens Sarah Bunce statt. Im Mittelpunkt der Zeremonie stand die einer überlieferten Sitte entsprechende Verbrennung des gesamten Nachlasses der Verstorbenen. Auf einem freien Platz außerhalb der Stadt wurde zunächst der Wohnwagen aufgefahren, in dem die Verstorbene sechzig Jahre ihres Daseins verbracht hat. Es wurde nachgesehen, ob all ihr persönliches Eigentum noch vollzählig vorhanden war. Dann schleppten die Söhne ein Faß Petroleum heran, begossen den Wagen innen und außen gewissenhaft damit und nach fünf Minuten ging der gesamte Nachlaß in Flammen auf. Sarah Bunce kann nicht zu den ärmsten Zigeunerinnen gezählt haben. Denn ihre Hinterlassenschaften brannten ziemlich lange und gaben eine Hitze von sich, daß die Trauergesellschaft und die Neugierigen, die in Scharen dabeistanden, immer weiter zurückweichen mußten. Auch das Pferd der Zigeunerin, das den Wagen ohne Murren gezogen hatte, mußte Zeuge der traurigen Lohe sein, es wurde aber nicht mitverbrannt.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 22. Oktober. Gegenüber den letztägigen Steigerungen der europäischen Devisenkurse trat heute ein kleiner Rückschlag ein. Das Geschäft blieb in normalen Grenzen. Polennoten 78,37—82,38, Oesterreicher 5,915—5,935, Italiener 18,24—18,34, Schweizer 80,52—80,92.

Effektenbörsen.

Die Stimmung der Fondsbörsen verflaut immer mehr. Sowohl Berlin wie Leipzig lagen sehr matt und sandten gestern z. T. sinkende Kurse. Die Umsätze waren meist gleich null. Der Aktienmarkt zeigte ganz vereinzelt für Spezialwerte kleine Erholungen, doch überwiegen die Rückgänge. Viele Kurse waren rein nominell. Besonders matt lagen heimische Renten. Kriegsanleihe sanken bis 470, Preuß. 3 1/2% Konsols bis 1200. Auch die Berliner Nachbörse brachte nur für letztere eine geringfügige Aufbesserung, während sie sonst weitere Abbröckelungen namentlich auf dem Aktienmarkt produzierte.

Effektenkurse

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg)

Berliner Börse vom 23 Oktober 1924.

Hapag	25,—	Charlott. Wasser	23 1/2	Köln-Rottweiler	8,1
Hansa Dampf	10 1/2	Chem. Heydem	2,3	Körbisdorf Zucker	134,—
Nordd. Loyd.	4 1/4	Chem. Gelsenkirchen	58,—	Leopold Grube	7,2
Ver. Elbeschiff.	2,1	Conti. Kautschuk	7 1/2	Leutke Piano	0,6
Berl. Handelsges.	23,9	Cröllw. Papier	6,7	Linde Eismasch.	6 1/4
Commerz- u. Priv.-Bk.	4 1/2	Daimler Motoren	2,8	Mansfeld	2,6
Darmst. u. Nationalb.	8 3/4	Dessauer Gas	23 1/2	Nordd. Wollkämmerei	46 1/8
Deutsche Bank	10,1	Dt. Kabel	1,1	Oberschl. Eb. B.	8,—
Diskonto Kom.	11 7/8	Eilenburger Cattun	18 1/2	Ostwerke	20,—
Dresdner Bank	6 3/4	Elberfelder Farben	16 1/4	Phönix Bergbau	35 1/4
Hall. Bk.-Verein	1,3	Fahlberg List	4 5/8	Plauen Tüll	4,—
Leipz. Crd. (Adca)	1,7	Fraustadt Zucker	14,—	Rauchw. Walter	1,3
Reichsbk. Anteil	50 1/4	Froebeln Zucker	6 1/2	Rhein. Sprengstoff	6,—
Sächs. Bank	49,3	Gelsenkirch. Bergw	49 3/8	Rositzer Zucker	42,—
Engelhardt-Br.	29 3/4	Genthiner Zucker	3,2	Rückforth Sprit	1/2
Schulth.-Patzenh.-Br.	19 3/4	Ges. f. elektr Unt.	12 1/4	Fritz Schultz jr.	17 1/4
Leipzig Riebeck	8 3/4	Glauz. Zucker	17 3/4	Siegen Solingen	1,4
Agfa	16,—	Hageda	1,—	Stöhr	32,—
A. E.-G.	7 7/8	Hartmann Sächs. Masch.	3,7	Teichgräber	1,1
Ammendorf Pap.	5,	Hirsch Kupfer	16 1/4	Thür. Gas	8,—
Bad. Anilin	18,3	Hoechster Farben	16,1	Tritonwerk	2,6
Schwartzkopf Masch.	10 5/8	Ilse Bergbau	14 3/4	Ver. Bln. Frf. Gum	2,7
Braunk. u. Brik.	34,—	Kahla Porz.	6 1/2	Wegelin & Hübner	5,6
Busch opt. Ind.	3,4	Kirchner & Co.	17 3/4	Zwickauer Masch.	1,3

(Alles in Billionen Prozent.)

Berliner Freiverkehr vom 23. Oktober 1924.

Becker Kohle	5,—	Hagen-Rötteln	3 1/2	Ver. chem. Zeitz	4 1/2
do. Stahl	0,85	Kursachsen Braunk.	0,4	Krügershall	6,—
Berlin-Halberst.	0,08	Schebera	2,1	Nationalfilm	0,65
Brown Boverie	1,075	Stahlwerk Krone	0,45	Ufafilm	10 7/8
Dt. Wald u. Holz	0,07	Stralauer Glas	12 1/2	Diamand	16 1/2

(Alles in Billionen Prozent.)

Leipziger Börse vom 23. Oktober 1924.

Chroma Najork	2,375	Paradiesb. Steiner	2,2	Döhne, Max	0,16
Dermatoid	3,—	Rauch, Walter	1,9	Eitner, Hans	0,45
Falkenst. Gard.	12,6	Riquet & Co.	4,9	Heine & Co.	1,87
Gautzsch Kammgarn	4,5	Schönherr Sächs. Webst	8,5	Karnatzki	2,97
Groß Kunstanst.	2,2	Sondermann u. Stier	0,575	Nordd. Gen. Schetelne 5%0	57,25
Hetzer, Otto	0,675	Textil. Claviez	1,4	„ „ 1000	135,—
Hupfeld	3,8	Warshauser Kammg.	6,3	Poege Elektr	1,4
Landkraft. Leipzig	4,8	Freiverkehr.		Samsonia	0,05
Lpzg. Buchb. Fritzsche	2,25	Apparatebau Weimar	0,7	Thür. Zuck. Walschieben	9,6
Lindner	5,5	Bauchw. Pscherer	0,15	Wollh.-Hainichen	1,2

(Alles in Billionen Prozent.)

Hallesche Börse vom 23. Oktober 1924.

				Freiverkehr.	
Halle Bankverein	1,50	Hildebrand Mühle	2,30	Api	1,90
„ Pfännersch	13,—			Bernb. Saalmühle	1,30
Riebeck Montan	35,—	W. Kathe	0,70	Caeser u. Lorenz	2,20
Werschen Weißenfels	99,—			Hanf Import	0,95
Ammendorf Papier	5,—	Gottr. Lindner	5,65	Krügershall	6,75
Halle Zimmermann	0,60			Mansfeld	3,—
„ Röhren	2,—	Wegelin u. Hübner	6,—	Bester Spedition	0,75
Heckert Glas	0,05	Zuckerraff. Halle	16,50		

(Alles in Billionen Prozent.)

Produktenmarkt.

Berlin, 22. Oktober. Bei stillstem Geschäft vollzog sich heute auf dem Brotgetreidemarkt eine leichte Erholung, die freilich auf den Mehlmarkt nicht übergriff. Gerste und Hafer blieben gut behauptet.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 23. Oktober 1924.

Auftrieb: 180 Rinder (39 Ochsen, 59 Bullen, 35 Kalben, 47 Kühe), 636 Kälber, 191 Schafe, 1246 Schweine, zus. 2253. Außerdem von Fleischern zugeführt: 3 Rinder, 64 Kälber, 79 Schafe, 158 Schweine. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht (in Goldmark): Ochsen a) 50—51, b) 38—49, c) 30—37, d) —; Bullen a) 45—47, b) 38—44, c) 32 bis 37, d) —; Kalben und Kühe a) 50—51, b) 50—51, c) 38 bis 49, c) 30—37, e) 20—29; Kälber a) —, b) 76—80, c) 65—75, d) 45—64; Schafe a) —, b) 40—50, c) 25—39; Schweine a) 82—85, b) 86—88, c) 78—81, d) 66—77, e) 66—77. Geschäftsgang: Rinder, Schafe und Schweine langsam; Kälber mittelmäßig. — Ueberstand: 4 Rinder (davon 1 Ochse, 3 Kühe), 14 Schafe, 20 Schweine. Ausgesuchte Tiere (Ausstellungsware) kosten über höchste Notiz. Die Stallpreise müssen für Rinder 20 Prozent, für Kälber und Schafe 18 Prozent und für Schweine 16 Prozent niedriger sein.

Berliner Metallpreise am 22. Oktober.

Elektrolytkupfer 126, Raffinadekupfer 116,25—117, Weichblei 68,50—69, Rohzink 63—64, Aluminium 230—240, Bankazinn 485—495, Reinnickel 295—305, Barrensilber (ca. 900 f.) 98,50—99,50.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919241024-18/fragment/page=0006
DFG